Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 149 30. OKTOBER 1976

D 1870 CX



INLAND

INTERNATIONALES



* frankfurter
* informationsdienst e.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

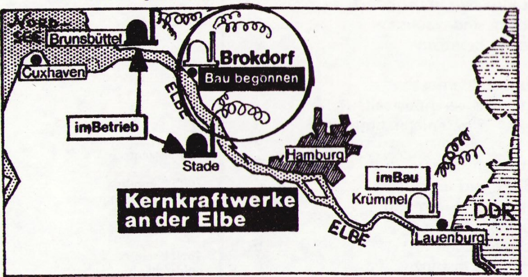
Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto: frankfurter informationsdienst e.v. 6000 frankfurt 90 nr. 52 52 28 - 602 überweisen.
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort "neuabo" oder "adressänderung".

LICHTSCHEUES GESINDEL BEGINNT MIT KKW-BAU IN BROKDORF

BROKDORF(ID) 28. Oktober In einem bürgerkriegsähnlichen Manöver besetzten in der Nacht zum Dienstag (26.10.76) drei Hundertschaften Polizei und private bewaffnete Wachmannschaften den Bauplatz für das geplante KKW an der Unterelbe. Erst wenige Stunden zuvor war über Radio bekanntgegeben worden, daß die Kieler Landesregierung (CDU) die erste Teilgenehmigung für das KKW „mit sofortiger Vollziehbarkeit" erteilt hatte. Damit hatten die Bürgerinitiativen nicht gerechnet. Noch eine Woche zuvor hatte Bundesinnenminister Maihofer in der Fernsehsendung „Panorama" versichert, es werde keine Baugenehmigung für KKW's geben, solange nicht das Problem der Endlagerung und der Wiederaufbereitung atomaren Mülls gelöst sei.



Bei Nacht und Nebel wurden die Bewohner der Wilster Marsch überrumpelt. Ein KKW-Gegner sagte auch folgerichtig: „Seriöse Bauvorhaben werden morgens um 7⁰⁰ begonnen und nicht wie hier bei Nacht und Nebel. Der Überfall Hitlers auf Polen hat auch bei Nacht und Nebel stattgefunden." Ab Mitternacht beobachteten Polizeistreifen die Häuser aktiver Initiativ-Mitglieder. Dann rollten Hundertschaften Polizei einschließlich ihrer Wasserwerfer nach Brokdorf. Im Morgengrauen folgten 50 Baufahrzeuge voll mit Baumaterial und Zelten und 400 Bauarbeitern, die in Campingwagen auf dem Gelände untergebracht wurden.

Die erste Tat dieser Bauarbeiter war, unter Sicherung der Polizei und der Wachmannschaften, den Platz mit meterhohem Nato-(Panzer)-Draht (wie in Wyhl) einzuzäunen und Flutlichtanlagen zu errichten. Schließlich folgten Bauhütten und Hundezwinger. Streifenwagen fuhren durch die Orte, Hubschrauber kreisten, alle Autos, die über eine nahegelegene Fähre kamen, wurden von der Polizei gefilmt. Auch am Bauplatz waren mehrere Dutzend „Medienarbeiter" von Polizei, Verfassungsschutz und Wachmanschaften im Einsatz um jedes nicht zu ihrer Seite gehörende Gesicht zu porträtieren.

Unter den am Nachmittag versammelten Demonstranten waren neben Vertretern der Bürgerinitiativen aus dem norddeutschen Raum vorwiegend jedoch Hamburger auszumachen, während die unmittelbar betroffene Bevölkerung nur spärlich vertreten war. Neben dem Überraschungseffekt der Staatsaktion hatte dazu sicher die staatliche Machtdemonstration ihre demobilisierende Wirkung getan. Angesichts dieser Verhältnisse spielte die Polizei ihre Machtposition genüßlich aus. Nachdem schon bei einer kleineren Kundgebung am Platz die Demonstranten mit Polizeihunden provoziert werden sollten, versicherte der Einsatzleiter später, das Recht auf Demonstrationsfreiheit zu unterstützen und einen Umzug vor dem Verkehr zu schützen. Bei seinen Worten bauten sich links und rechts der KKW-Gegener Wasserwerfer und Polizei in Kampfanzügen auf, die im übrigen „Inoffiziell", wie es von ihnen hieß, mit der Kampfwaffe „Chemical Mace" ausgerüstet waren.

Mit dieser für die BRD bisher wohl einmaligen staatlichen Blitzaktion wurden nicht nur die noch laufenden mehr als 20 000 Einsprüche gegen die KKW-Pläne übergangen; Staat und Industrie (Bauherr sind die Nordwestdeutsche Kraftwerk—AG und die Hamburger Elektrizitätswerke) gingen präventiv gegen eine mögliche Platzbesetzung vor, die im Falle einer rechtlichen Erfolglosigkeit von den Bürgerinitiativen angekündigt worden war.

Ob es ein Wyhl an der Unterelbe geben wird, kann noch nicht gesagt werden. In Flugblättern und durch Stellwände wird die Bevölkerung überall in Schleswig-Holstein und darüberhinaus aufgerufen, sich an einer Sternfahrt nach Brokdorf zu einer *mehrtägigen Großveranstaltung gegen das KKW zu beteiligen. Termin: 30.10.76, 14⁰⁰ vor dem Baugelände in Brokdorf.* Denn, so das Flugblatt der Bürgerinitiativen: „Jetzt genügen Diskussionen nicht mehr.
Jetzt sind Klagen wirkungslos.
Jetzt hilft nur noch der aktive Einsatz der Atomkraftwerksgegner."

Zu diesem gemeinsamen Angriff von Staatsgewalt und Industrie gegen die Interessen der Bevölkerung erklärt die BÜRGERINITIATIVE UNTERELBE am 26.10.76 um 18⁰⁰ Uhr:

„Heute, Dienstag, den 26.10.76 ab 0 Uhr früh ist mit dem Bau des Atomkraftwerkes (AKW) Brokdorf begonnen worden. Kolonnen von Baumaschinen und schweren Transportern, sowie mehrere Hundertschaften Polizei und Bundesgrenzschutz mit ihrem Gerät sind seither im Anrollen.

Der Bauplatz ist von der Polizei z.T. mit Hunden abgesperrt und wird mit Stacheldrahtrollen umzäunt. Die Bevölkerung ist besonders empört, da der Bundesinnenminister Maihofer noch am Montag, den 18.10.76, in der Panoramasendung versichert hat, daß keine Baugenehmigungs für AKW's ausgesprochen wird, solange es noch offene Fragen zur Endlagerung von Atommüll gibt. Weiter haben noch kurz vor der Wahl Politiker der SPD, FDP, sowie der CDU auf Veranstaltungen und in Gesprächen einmütig erklärt, daß sie keinem Baubeginn zustimmen werden, bevor nicht ein Gericht über den Bau entschieden hat.

Die Bevölkerung aus der Umgebung und viele Vertreter von Bürgerinitiativen aus dem gesamten Norddeutschen Raum treffen zur Zeit am Bauplatz ein.

Es ist die Situation eingetreten, daß die Atomindustrie unter dem Schutz der staatlichen Polizeimacht gegen den erklärten Willen der Bevölkerung ein AKW durchsetzt.

Die Atomkraftwerksgegner sammeln sich am Samstag, dem 30. Oktober, um 14⁰⁰ zur Großveranstaltung am Bauplatz."

WAA-WETTERSTATION, BÜRGERINITIATIVEN SIND WACHSAM

LICHTENHORST (ID) 28. Oktober Der unten wiedergegebene „Offene Brief" wurde am 24.10.76 auf einer Versammlung von über 150 Betroffenen in Lichtenmoor (ID 135/140/141/143/144/147) beschlossen:

„Offener Brief!
An
— Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitung GmbH, Frankfurt 80
— Deutschen Wetterdienst, 3 Hannover, Flughafen
— Landesregierung, Hannover
— Kreisbehörde, Nienburg
— Samtgemeinde, Heemsen

Sehr geehrte Herren!

Durch Beobachtungen in Heemsen und Kenntnisnahme des Schriftwechsels zwischen Samtgemeindedirektor und Kernbrennstoff-Wiederaufarbeitung GmbH ist uns bekannt geworden, daß im Rahmen der Standorterkundung für die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Lichtenhorst eine Wetterstation bei Heemsen, Kreis Nienburg, mit Nutzungsrecht für die KEWA geplant ist.
Das dafür vorgesehene Gelände ist bereits eingezäunt und Fundamente sind gelegt.
Uns ist ferner bekannt, daß die KEWA (Ersteller der WAA) genaue Untersuchungen über die metereologischen Verhältnisse am Standort benötigt.
Da wir davon ausgehen, daß in Lichtenhorst keine WAA gebaut wird, erübrigt sich somit die metereologische Erkundung.
Wir fordern sie hiermit auf, den Weiterbau der Wetterstation einzustellen.
Um Mißverständnisse zu vermeiden, bitten wir um baldige Nachricht.
Wir werden weiterhin das Gelände im Auge behalten und uns alle weiteren Schritte vorbehalten.

gez. Versammlung der Betroffenen

Antworten bitte richten an: Bürgerinitiative gegen Atommüllager, 3071 Lichtenhorst Nr. 23, Bohrstelle."

„WIR HABEN BESCHLOSSEN, DEN PLATZ ZU BESETZEN."

UENTROP-SCHMEHAUSEN (ID) 27. Oktober

Eine Reihe von Bürgerinitiativen gegen den Bau des zweiten Atomkraftwerks in Uentrop-Schmehausen bei Hamm (siehe auch ID 127) hat sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt:

„ERKLÄRUNG AN DIE BEVÖLKERUNG

Weil wir wissen,

– daß das geplante Atomkraftwerk in Uentrop-Schmehausen und die übrigen schon bestehenden und noch geplanten Atomkraftwerke, ihr Atommüll und ihre künftigen Ruinen unser Land und unser Leben gefährden.

– daß der Bau des Atomkraftwerkes – und der nachfolgenden Industrie – die Qualität der Luft, des Wassers und des Bodens zerstört.

– daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen die Verseuchung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanzen und Tiere, die wir essen.

– *und weil wir nicht warten können, bis die Katastrohpe da ist!*

Weil wir sehen,

– daß Atomstrom teurer ist als herkömmliche Energiequellen und mit unseren Steuergeldern bezahlt wird.

– daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihren Gewinn aufs Spiel setzt.

– daß wir belogen werden mit Parolen wie „Atomstrom oder 1980 gehen uns die Lichter aus" und „entweder Fortschritt oder Umweltschutz". Fortschritt ist das, was uns nützt. Wir lassen uns nicht einen Fortschritt der Selbstzerstörung aufzwingen.

– daß die Kernkraftwerksspezialisten, von der Atomindustrie bezahlt, Illusionen verbreiten über „neue, saubere und sichere Arbeitsplätze", obwohl sie wissen, daß der Bau des geplanten Atomkraftwerkes Uentrop-Schmehausen z.B. 4.000 Arbeitsplätze der Zeche „Monopol" in Bergkamen gefährdet..

– *und weil wir nicht warten können, bis diese Illusionen zerplatzen!*

Weil wir gelernt haben,

– daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist. Sie ist aufgrund ihrer hohen Investitionen (18 Milliarden DM Steuergelder) derart von der Atomindustrie abhängig, daß sie schon selbst für Atomstrom Reklame macht.

– daß die Regierung von der Atomindustrie unabhängige Wissenschaftler abwertet, sie zwar bereit ist, die Bürgerinitiativen anzuhören, aber den Befürwortern der Atomindustrie recht gibt.

– daß sie ihre Pläne notfalls mit Gewalt gegen den Protest vieler Bürger durchsetzen will.

– *und weil wir nicht dulden, daß unser Recht derartig mißachtet wird.*

Weil wir wissen,

– daß die Behörden uns und unsere Umwelt vor der Verseuchung nicht schützen können.

– daß die bisher geheimgehaltenen Katastrophenpläne nicht ausreichen, die Bevölkerung vor den Folgen eines atomaren Unfalls zu retten.

Weil wir sehen,

– daß Ärzte und Wissenschaftler immer wieder auf die Gefahren hinweisen, die von der Atomindustrie ausgehen.

– daß die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze den Interessen der Atomindustrie angepaßt werden (z.B. Strahlenschutzgesetz).

Wir haben gelernt,

– daß die Rechtsmittel den Baubeginn nicht stoppen können und doch vollendete Tatsachen geschaffen werden. So müssen wir unsere Rechte und Interessen selber vertreten.

– daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und unsere Zukunft und die unserer Kinder verteidigen müssen.

DESHALB HABEN WIR BESCHLOSSEN,

den vorgesehenen Bauplatz für das Atomkraftwerk Uentrop-Schmehausen zu besetzen, sobald mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, solange gewaltlosen Widerstand entgegenzusetzen, bis unsere Forderung „Kein 2. Atomkraftwerk in Uentrop-Schmehausen" erreicht ist. Das heißt nicht, daß wir es an einem anderen Platz befürworten.

Die Erklärung wird unterstützt von den Bürgerinitiativen gegen das zweite Atomkraftwerk in Uentrop-Schmehausen aus Welver, Hamm, Bönen, Klotingen und Arnsberg, vom Arbeitskreis Umwelt Münster. "

An dieser Erklärung war eine Unterstützungserklärung zum Ausschneiden und Ausfüllen angebracht:

„Ich unterstütze die obige Erklärung. Ich werde bei Baubeginn den vorgesehenen Bauplatz mitbesetzen, wenn mindestens 2.000 Personen sich ebenfalls dazu bereiterklären.

Name, Anschrift, Telefonnummer, Unterschrift"

Zu senden an: Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 4600 Dortmund 1.

KKW–NEIN–INFORMATIONSWAGEN ZUM STRASSENFEST

SCHWEINFURT (ID) 22.Oktober

Zum Schweinfurter Straßenfest am 9. Oktober, das dieses Jahr zum zweiten Male stattfand, ('gestiftet' im letzten Jahr von der Stadt zur Einweihung des ersten Abschnittes der Fußgängerzone) stellte auch die Schweinfurter KKW–nein-Gruppe einen kleinen Handwagen mit Transparenten, Informationsmaterial und Flugblättern zusammen.

Einen Handwagen braucht man ja bekanntlich nicht anzumelden, wenn man ihn von einer Stelle zu einer anderen zieht, was im übrigen an diesem Tag ein Vorteil war, um überall hinzukommen.

Nun ist das Straßfenfest ja meistens ein Tag der Konsumorgie, an dem 'was los ist' und eine Menge Menschen (in den engen Gassen gabs zeitweise kaum ein Durchkommen) auf Konsum eingestellt ist.

Dies hatte den Vorteil, daß die Leute – anders als sonst – gerne mal ein Flugblatt nehmen, sich manchmal sogar dafür bedanken, eben weil sie mehr auf Muße und auf Handzettel eingestellt waren, als an normalen Samstagen, an denen sie nur Einkaufen und möglichst schnell wieder raus aus dem Trubel wollen. Von daher gesehen war die Aktion schon ein Erfolg. (2 000 Flugblätter gingen so schnell weg, daß noch welche nachgedruckt werden mußten.)

Die andere Frage ist, was damit bewirkt wird, wenn der Großteil der Leute zwar den Inhalt begrüßt, aber keine Perspektive zum Handeln mehr sieht und infolgedessen schon längst resigniert hat.

Hierauf konnte auch diese Aktion keine Antwort geben.

Etwas an Brisanz gewann das Flugblatt, weil zur Zeit die Stadt drauf und dran ist, ihr größtes Faustpfand, den Prozeß gegen die Bayernwerke AG gegen ein paar Zugeständnisse und eventuell finanzielle Spenden für die geplante biologische Stufe der Kläran-

lage, zu den Akten zu legen. Hierauf und auf das soeben eröffnete wasserrechtliche Verfahren wurde im Flugblatt eingegangen.
Nun, die KKW-nein-Gruppe wird, auch im Hinblick auf den immer stärkeren Widerstand in der BRD und auf internationaler Ebene, vorerst mal weitermachen.

79. BLATT AUF DEN INDEX GESETZT BEI DEN VERTRIEBSSTELLEN BESCHLAGNAHMT

MÜNCHEN (BLATT/ID) 27. Oktober Folgender Bericht ist vom BLATT geschrieben worden. Die alternativen Zeitungen haben sich auf einen Solidaritätsabdruck im Falle staatlicher Repression geeinigt (dazu das Protokoll vom Kasseler Treffen der Alternativzeitungen):

„Gott, wie putzig, dachten wir, bis wir sehr schnell merkten, wie ernst diese Beschlagnahme ist. Neun bis zehn Tage nach Erscheinen setzten sich die Herren Gesetzeshüter in Marsch und kassierten das noch vorhandene Potential an 79. Blatt.

Hatten wir wieder politisch über die Stränge geschlagen? War der Staat mitsamt seinen Symbolen wieder verunglimpft worden, oder war Aufforderung zu Straftaten und deren öffentliche Billigung in Tateinheit mit Befürwortung und Verherrlichung von Gewalt im Spiel?

Weit gefehlt, lieber Leser. Diesmal war es die Sitte, die zugeschlagen hat. Wie wir später und erst auf Drängen unseres Rechtsanwalts erfuhren, ging es diesmal um den Päderastie-Artikel, mit dem wir eine Diskussion über Sexualität undlinke Moral in Gang bringen wollten, und die so jugendgefährdend ist, daß sie unbedingt auf den Index muß.

Wer sich jetzt aber vorstellt, daß diese Herren die Redaktionsräume auf den Kopf gestellt hätten, um den letzten Rest Schmutz zu verhaften und unter Anklage zu stellen, liegt heute wirklich völlig falsch. Betroffen sind (erstmal jedenfalls) die Kioske und Läden, und Kneipen und Kinos und Theater, also unsere Vertriebsstellen, die in gutem Glauben das Blatt ausgelegt und ein Titelblatt ausgehängt hatten. Denn die haben sich nach Auffassung des herrschenden Rechts schuldig gemacht, der „Verbreitung jugendgefährdender Schriften". Das hat man ihnen zwar nicht überall gesagt, der Beschlagnahme-Beschluß wurde auch nur so vors Gesicht gehalten, dagelassen hat man in den wenigsten Fällen etwas Schriftliches, aber dafür wurde den Kioskbesitzern mit Anzeige gedroht und mit Ladenschließung, falls so ein Fall von „Verbreitung jugendgefährdender Schriften" noch einmal vorkäme. Man kann sich wohl vorstellen, wie das auf unsere Vertriebsstellen gewirkt hat. Wegen des BLATTs die Existenz verlieren?

Die Sitten- und anderen Wächter sind streng. Ein Problem zu diskutieren, es tiefer anzugehen und zu lösen, das ist nicht ihre Aufgabe und überschreitet bei weitem den Bereich ihrer ohnehin schon geringen Kompetenzen.

Aber immerhin reichen die soweit, eine Zeitung erstmal zu beschlagnahmen, die Vertriebsstellen einzuschüchtern und uns einen finanziellen Schaden zuzufügen.

Denn anders als bei unseren Polit-Sachen, die wir – BLATT – selbst mit der Justiz ausfechten, gehn sie diesmal über die Vertriebsstellen wor.

Wenn die Kioske eine Anzeige bekommen und Strafe zahlen müssen, wenn sie dann das BLATT nicht mehr verkaufen, trifft uns das natürlich hart.

Außerdem droht uns bei einem zweiten Vorfall dieser Art eine Dauer-Indizierung. Dann wird, wenn überhaupt noch, das BLATT unterm Ladentisch gehandelt.

Selbst wenn, wie beim 68. BLATT, die Beschlagnahme nach x Wochen aufgehoben und für rechtswidrig erklärt wird, so wird immer ein schaler Geschmack zurückbleiben. Gerade bei den Vertriebsstellen.

BLATT-Redaktion."

NACHTRAG ZUR AKTION GEGEN DAS „BLATT"

Von der Aktion der Polizei haben sich die Besitzer von elf Vertriebsstellen einschüchtern lassen: sie verkaufen das „Blatt" nicht mehr. Viele andere sind verunsichert. So fragte einer in der Blattredaktion nach, ob er das 80. Blatt (soeben rausgekommen) verkaufen könne. Aber es gab auch Vertreiber, die den Blattleuten sagten: „ist ja wie im 3. Reich" und „Nu soll'n se mal kommen".

Gewesen sind die Sittenhüter bei 40 Vertriebsstellen, bei 25 haben sie insgesamt 350 Ausgaben vom Blatt 79 beschlagnahmt, ohne etwas schriftliches wie Verfügung oder dergleichen vorzulegen. Dafür haben sie den Kioskbesitzern mit Anzeigen gedroht. Einer wurde genötigt: Er mußte unterschreiben, daß er das „Blatt" nicht mehr verkauft.

FREISPRUCH IM TRIKONT PROZEß

MÜNCHEN(ID) 28. Oktober Dem Staatsanwalt war es 9 Monate und eine Buße wert, aber das Gericht befand, daß sich Herbert Röttgen und Gisela Erler durch die Herausgabe des Bommi Baumann Buches „Wie alles anfing"nicht schuldig gemacht haben (ID 148) Der Prozeß hatte, wie auch die Beschlagnahmung des Buches, einige publizistische Wirkung und auch die bürgerliche Öffentlichkeit nahm den Vorgang wahr. Herbert Röttgen sagte dazu:„Natürlich ist der Freispruch in erster Linie ein Sieg. Er wurde ermöglicht durch die breite Solidaritätsbewegung und die Öffentlichkeitsarbeit. Zum anderen ist das Urteil eine Verschleierung, weil es ablenkt von den vielen Zensurprozessen, die nicht so spektakulär verlaufen. Gerade hier in München hat Staatsanwalt Gehring schon viele Prozesse gegen das Blatt angestrengt, bei denen es auch zur Verurteilung kam."

Die Urteilsbegründung – von der bürgerlichen Presse eifrig zitiert – dreht den Spieß nun total um; aus der gewaltverherrlichenden Mordschrift soll plötzlich ein pazifistisches Mahnmal geworden sein. FAZ vom 18.10.: „Dem Gericht zufolge ruft der Autor ... nicht etwa zu Gewalt auf, sondern rate, von sinnloser Gewalt Abstand zu nehmen". Nach Auffassung des Gerichts könnte „Wie alles anfing" vielmehr Denkanstösse für Gesinnungsgenossen geben, die immer noch radikal (!) seien."

Gisela Erler hatte in ihrem Schlußwort vor Gericht eine ganz andere Position bezogen, die in der Presse nicht wiedergegeben wurde: „Es scheint uns also bisweilen etwas skurril, was hier verhandelt wurde – doch ist es ernst und hat auch Methode. Methode insofern, als wir wissen, daß der Grundtenor des Buches zwar eine Kritik an den einzelnen Aktivitäten wie den Mitteln darstellt, aber weiter ein Bekenntnis gegen die bestehende Ordnung ist. Und, so meinen wir, nur deshalb wird es angeklagt – der Alltagsterror der Kriminalromane oder auch der sadistischen Dokumentarfilme völkerkundlicher Prägung, wo da verbrannt, zerstückelt und gefoltert und all dies gebilligt wird, interessiert logischerweise keinen Ankläger, haben sie doch als Ziel „lediglich" Menschen, nicht aber die strukturelle Gewalt dieser Gesellschaft, die, wie Gutachter Ramstedt ausführte, von allen Wissenschaften außer der Jurisprudenz inzwischen erkannt wurde. Selbstkritik ist nicht genug – verlangt wird das Bekenntnis zu dieser Ordnung, der Bürger als Mitglied des öffentlichen Dienstes. Bommi Baumann übt zwar Selbstkritik, aber erst als Überläufer, der seine Geschichte leugnet, seine vergangene Identität heuchlerisch und völlig preisgibt, seine Antihaltung aufgibt, wäre er akzeptabel gleich dem Kronzeugen Müller im Stammheimer Prozeß. Und dasselbe gilt, meinen wir, für uns: Hätten wir ein Vor- oder Nachwort geschrieben, in dem steht: Seht, hier ist ein Buch, das zeigt ganz klar und deutlich, daß jeder Widerstand sinnlos ist, Gewalt in jeder Form schädlich, das die Studentenrevolte als eine reine Brutstätte von Neurosen und Terror denunziert hätte, wie es heute üblich ist – so wäre alles in Ordnung.(...)

Wir stehen der Geschichte der Stadtguerilla zwar äußerst kritisch gegenüber, aber werden mit unseren Publikationen keine Absage an den grundsätzlichen Dissens, an den Widerstand leisten(...)"

ZWEITES TREFFEN DER ALTERNATIV-ZEITUNGEN

KASSEL (ID) 10. Oktober Etwas kleiner, etwas konzentrierter, etwas produktiver, aber noch nicht der große Durchbruch; soviel zur Frage der Einschätzung. Die Auseinandersetzungen zwischen Projekten unterschiedlicher Konzeption (irreführender Weise als Front zwischen Volksblättern auf der einen, Scene-Blättern

auf der andern Seite bezeichnet) ist noch nicht ausgetragen. Das drückt sich auch in dem Stand der Solidaritätsfonds-Diskussion aus. Wer ein Verlaufsprotokoll des Treffens braucht, kann das bei der Kasseler Stadtzeitung, Zeche Marie Weg 7; 35 Kassel haben. Wichtig: Briefmarken beilegen!

Die Kosten für das Treffen in Kassel betrugen 897 Mark. Dafür ist einmal im Plenum gesammelt worden, den fehlenden Betrag wollten verschiedene Zeitungen überweisen, davon ist allerdings erst wenig in Kassel eingetroffen!!

Eine kurze Zusammenfassung der Beschlüsse:

1. Das nächste Treffen findet am 22./23. Januar in Hannover statt.
2. Solidaritätsfonds:
   Ein Formulierungsvorschlag der Arbeitsgruppe ist an die Gruppen zur Diskussion zurückverwiesen, eine Entscheidung kann dann in Hannover getroffen werden. Text des Diskussionsvorschlags:
   „Zweck des Vertrages ist die Bildung eines Geldfonds zur gegenseitigen Unterstützung gegenüber den finanziellen Folgen jeder Form staatlicher Repression gegen Alternativzeitungen in der BRD und Westberlin. Über Aufnahme in den Rechtsfonds entscheidet die Vollversammlung der Unterzeichneten. Jedes Mitglied erklärt sich bereit, vorläufig mindestens 20 DM pro Monat in den Fonds zu zahlen.
   Der Fonds wird von einem Treuhänder verwaltet, der von der Vollversammlung gewählt wird. Dieser ist berechtigt, bis zu 500 DM als Darlehen auf Grund eines Antrags der betroffenen Zeitung sofort auszuzahlen. Das betroffene Projekt muß gleichzeitig die anderen Zeitungen benachrichtigen; diese müssen innerhalb von 10 Tagen ihre Zustimmung oder Ablehnung zur Auszahlung dem Treuhänder bekanntgeben. Die Anzahl der in dieser Frist eingegangenen Stimmen (einfache Mehrheit) entscheidet darüber, ob die Auszahlung berechtigt war, bzw. ob diese weitergeführt werden kann.
   Die endgültige Entscheidung über die Berechtigung der Auszahlung trifft die Vollversammlung. Der ausgezahlte Betrag wird als unbefristetes Darlehen verstanden; außerdem sollte jedes Projekt versuchen, das Geld aus eigenen Kräften (Spenden, Solidaritätsveranstaltungen etc.) aufzubringen."
   Der Vorschlag, in den eigenen Zeitungen auf diesen Fonds hinzuweisen bzw. beim Straßenverkauf dafür extra zu sammeln, einen „Repressionsgroschen" zu erheben o.ä., also einiges zu tun, daß etwas Geld draufkommt, fand allgemeine Zustimmung.
   Der Kontostand betrug am 28. Oktober 1586,– DM.
3. BETRIFFT ZEITUNGSSOLIDARITÄT!
   So oder ähnlich sollten Berichte überschrieben sein, die an alle Zeitungen im Falle von Beschlagnahme oder staatlicher Repression gehen. (In dieser Nummer findet sich ein solcher Artikel des BLATT München zur Beschlagnahme ihrer Nummer 79.)
4. Überregionale Seite
   In dem Bemühen, die schwachen Kräfte punktuell zusammen einzusetzen, entstand das Projekt einer schwerpunktmäßigen, thematischen Zusammenarbeit, die auch zeitlich abgestimmt sein soll. Der Vorschlag lautet: Bei jedem Treffen werden mehrere Themen festgelegt und von den Zeitungsgruppen bearbeitet. Für die laufenden Monate bis Hannover sind das:
   Für Dezember: KKW-Technik/Gefahren/alternative Energiegewinnung wird von ID bearbeitet. Zusammenstellung von Aktionen nationalen und internationalen Widerstands gegen Atomenergieprojekte besorgt das Blatt.
   Für Januar: Reaktionen der bürgerlichen Medien auf die Entwicklung der alternativen Presse und eine Selbstdarstellung unserer Arbeit. Wird bearbeitet von der „solidariät"-Hamburg.
   Für Februar: Vorschlag Werkschutz – bearbeitet ID
   Weitere Vorschläge: Grundschule, Neonazis
   Das erarbeitete Material soll in dem jeweiligen Monat veröffentlicht werden, wobei die Umsetzung für die Verhältnisse am Ort die Zeitungen selbst erarbeiten müssen.
   Die Initiative „Volk im Bild" hatte in Kassel in einer kurzen Diskusssion zu ihrem Konzept Stellung genommen. Inzwischen hat einer der Initiatoren in einem Brief das Ende des Projekts angekündigt. Der Brief ist in dieser ID-Nummer veröffentlicht.
6. Die Volksblätter aus Nordrhein-Westfalen wollen ihre regionale Zusammenarbeit verbessern. Deshalb findet ein Treffen statt dazu. Auskunft dazu beim Kölner Volksblatt; Klenkes-Aachen oder Ruhr-Volksblatt.
7. Kurze Zusammenfassungen über Vor- und Nachteile bestimmter Rechtsformen für Stadtzeitungen/Initiativen sind sowohl in Kassel (Stadtzeitung) als auch in Köln (Volksblatt) erhältlich.
8. Ein gemeinsames Archiv ist augenblicklich noch nicht realisierbar. Sollten die Zeitungen Jahresregister oder ähnliches machen, bitte an den ID schicken.
9. Viele Zeitungen übernehmen Comics von G. Seyfried. Die BLATT-Leute haben auf seine schlechte finanzielle Situation hingewiesen und Daueraufträge auf das BLATT-Konto vorgeschlagen. Eine Diskussion über Copyright wurde abgelehnt.
10. Eine Mieterinitiative ‚Neue Heimat' bittet um Material bzw. Zusammenarbeit mit anderen Initiativen aus diesem Bereich. Kontakt: F. Schönfeld; Zamenhofstr. 30; 5 Köln 30.

Erklärung

ZUM PROJEKT DER ZEITSCHRIFT „VOLK IM BILD"

Leider habe ich einige bedauerliche Mitteilungen über die jüngste Entwicklung des Projektes „Volk im Bild" zu machen.

Das Ziel, angesichts der bedrohlichen Lage in Deutschland, eine Zeitschrift auf breiter politischer Basis zu verwirklichen, ist aus den Augen verloren worden.

Die Ergebnisse der 20-monatigen Arbeit und die Resonanz auf die verschiedenen Aufrufe entsprachen nicht den Erwartungen. Zahlreiche feste Zusagen wurden nicht eingelöst. Gut Verdienende beteiligten sich nicht mit größeren Beträgen an dem Projekt wie in Schweden.

Die erhoffte und für das ViB-Modell unabdingbare Eigeninitiative aller Mitglieder und Mitarbeiter blieb aus, bis auf wenige Ausnahmen.

Von einigen Leuten, die an K-Gruppen orientiert sind, wurden Anstrengungen unternommen, der ursprünglich geplanten Konzeption von ViB eine andere Richtung zu geben. Nicht zuletzt dadurch wurde die praktische Arbeit seit Monaten blockiert.

Es werden jetzt schon Überlegungen angestellt, was mit dem Geld sonst noch zu machen wäre, wenn das gesteckte Ziel nicht erreicht wird, obwohl für diesen Fall nur die Rückgabe des Geldes vorgesehen war.

Es ist nicht gelungen, Auseinandersetzungen sachlich und solidarisch zu führen, neue Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit zu finden. Stattdessen werden Kompetenzstreitigkeiten ausgetragen und Angriffe gegen meine Person auf niedrigstem Niveau geführt.

Unter diesen Bedingungen sehe ich nicht, wie das Vorhaben, das ich in die Wege leitete, zu realisieren ist. Ferner sehe ich mich außerdem ausserstande, die Verantwortung, die ich den Mitgliedern gegenüber auf mich genommen habe, zu tragen.

Einar Schlereth
Gneisenaustr. 34
2000 Hamburg 20

MEINUNGSFREIHEIT UND FREIE REISE FÜR WOLF BIERMANN !

BOCHUM (EXTRA-DIENST/ID) 27. Oktober

Prominente Unterstützung hat eine Kampagne für ein Gastspiel des DDR-Liedermachers Wolf Biermann in Bochum gefunden: Prof. Dr. Günther Brakelmann von der Ruhr-Universität, einer der Initiatoren der „Aktion Meinungsfreiheit – Freiheit der Reise für Wolf Biermann" teilte mit, daß bereits rund 7.000 Unterschriften vorlägen. Unter ihnen befinden sich der Bundesminister Egon Bahr, der Westberli-

ner Bürgermeister Klaus Schütz, Heinrich Böll, Günter Grass, Horst Bienek, Horst Bingel, Dieter Lattmann, Peter Zadek, Ernst Bloch, Walter Fabian, Iring Fetscher, Ossip Flechtheim und Rudi Dutschke. Unterstützt wird die Aktion für den kommunistischen Sänger, der mit den SED-Oberen auf Streitfuß lebt, außerdem von den SPD-Vorstandsmitgliedern Horst Ehmke, Erhard Eppler und Peter von Oertzen sowie von dem NRW-Minister Friedhelm Farthmann, dem NRW-Bezirksvorsitzenden Hermann Heinemann, den Oberbürgermeistern von Bochum und Dortmund und anderen SPD-Prominenten , die ansonsten nicht bereit sind, Solidarität gegen Berufsverbote zu bezeugen.

Biermann soll sich bereit erklärt haben, nach Bochum zu kommen, er habe bereits einen entsprechenden Ausreiseantrag in Ostberlin gestellt.

Der AStA der Gesamthochschule Kassel hat sich dem Aufruf angeschlossen. In einem Brief an den Initiator der Kampagne, Prof. Brakelmann, setzt sich der AStA allerdings von einigen der Mitunterzeichner ab:

„In Erwägung, daß die Studentenschaft der Gesamthochschule Kassel sich nicht denjenigen anschließen kann, die Repression und Berufsverbote in anderen Ländern oder Gesellschaftssystemen dazu benutzen, Repression und Berufsverbote in der BRD zu rechtfertigen, oder auch nur für ihr Eintreten gegen Repression und Berufsverbote gegenüber der Praxis der Herrschenden in der BRD ein Alibi suchen, schließt sich der AStA der Gesamthochschule Kassel dem Auruf "Meinungsfreiheit und freie Reise für Wolf Biermann" an. Wir unterstützen ebenfalls eure Forderungen.

Wir möchten jedoch noch anmerken, daß wir bei einigen Unterzeichnern an deren Glaubwürdigkeit zweifeln. Mit ihrer Unterschrift und Unterstützung haben nämlich beispielsweise der Frankfurter Universitätspräsident Hans-Jürgen Krupp, sowie der Regierende Bürgermeister von Westberlin, aus deren Verwaltungs- bzw. Regierungsbereichen u. genügend Repressionsfälle bekannt sind, sich genauso gegen Berufsverbote und Repression in der BRD ausgesprochen. Wir hoffen, daß sich dies auch in ihrer zukünftigen Praxis niederschlagen wird und fordern auch auf, derartige Personen daraufhinzuweisen."

Kurz vor Redaktionsschluß meldete der Rundfunk, daß Wolf Biermann inzwischen die Ausreisegenehmigung erhalten habe.

STADTZEITUNG „MAULWURF"

BADEN—BADEN (ID) 26.Oktober

Auch in der betulich-betuchten Kurstadt Baden Baden gibt es jetzt eine Stadtzeitung von unten. Gerade erschienen ist die Nummer 2 des ‚Maulwurf '. Berichtet wurde über Jugendzentrum, Frauengruppe, Parkhäuser, über zwei Fälle von Berufsverbot in Baden-Baden, Konflikte an Gymnasien, über § 88a und verwandte Themen.

Dazu Veranstaltungshinweise und Gedichte. Die Auflage beträgt zunächst 700.

Kontaktadresse: Sozialistische Arbeitsgemeinschaft
c/o Joachim Bruhn, Ortenaustraße 8
7570 Baden-Baden

MASSENENTLASSUNGEN AM THEATER DES WESTENS

WESTBERLIN (ID) 25. Oktober

Die Gruppe Technik am Theater des Westens hat vor den Westberliner Theatern folgendes Flugblatt verteilt:

„Wir, 16 seit dem letzten Sonnabend arbeitslose Bühnenarbeiter, treten an Sie heran, um Sie über die Vorgänge im Theater des Westens (TdW) zu informieren und Sie zu unserer Unterstützung aufzurufen. Wir sind 16 von 20 allabendlich am Theater tätigen Bühnenarbeitern, Beleuchtern und Schnürbodenleuten, die,um ihre gerechten Forderungen durchzusetzen,am letzten Sonnabend (16.10.) in einen Streik getreten sind. Einen wilden Streik, denn eine gewerkschaftliche Gruppe existiert am TdW nicht und außerdem sind die Grabowskys — die privaten Inhaber des TdWs — nicht die Tarifpartner. Wir nahmen also unsere Belange selbst in die Hand. Wie war es nun im Einzelnen zu diesem Arbeitskampf gekommen? Wie war die allgemeine Situation am Theater und was ergaben sich daraus für Forderungen unsererseits?

Zu den Arbeitsbedingungen:

Am TdW war die letzte Lohnerhöhung — nach Auskunft des technischen Leiters — vor sieben Jahren. Seit 1969 also verdienen die als Abendleute beschäftigten Bühnentechniker DM 5,75 pr. St. bzw. DM 23,— pro Abend — Brutto. Nach den Abzügen bleibt ein Stundenlohn von unter DM 4,5o übrig. Ein Hungerlohn, wie wir meinen, der weder den Preissteigerungen der letzten Jahre angepaßt ist, noch dem Lohnniveau an anderen Theatern entspricht. (Komödie und Kudamm-Theater: DM 7,50 pr. St. und DM 28,— pro Vorst.; Hebbel-Theater: DM 32,— pro Vorst.). Dazu wäre zu erwähnen, daß Nachtarbeit manchmal eher die Regel ist als die Ausnahme, daß von jedem die Bereitschaft verlangt wird, wenn nötig auch mehr als 35 Stunden innerhalb von 48 St. zu arbeiten, daß die Arbeitszeiten (bei Umbauten für neue Stücke) oft so ungünstig lagen, daß man nicht einmal mehr mit dem letzten Verkehrsmittel nach Hause kam; um von mangelnden Sicherheitsvorkehrungen und fehlenden Schutzvorrichtungen gar nicht zu reden. Und von den gewährten Zuschlägen für Überstunden etc. bleibt bei DM 5,75 Grundlohn, nach Abzug der Steuern kaum noch etwas übrig. So kam es bei normalem Spielplan denn auch oft vor, daß man weit unter 600,- DM monatlich verdiente. Mit all den hier angeführten Tatsachen begründeten wir unsere 1. Forderung: einheitliche Anhebung auf 7,5o DM pro St. bzw. DM 30,— pro Vorst. Eine Verhandlungsgrundlage, die wir auch heute noch für realistisch und vertretbar halten.

Zur Arbeitsplatzssicherheit:

Nun könnte man vermuten, daß miserable Arbeitsbedingungen und der geringe Lohn doch wenigstens eine gewisse Arbeitsplatzsicherheit garantieren. Das Gegenteil war trotzdem der Fall: innerhalb von 3 Wochen wurden allein 5 Leute „Fristgemäß gekündigt" oder wurden am selben Abend lapidar mit dem Satz:„...Du kannst Dir Deine Sachen holen und gehen..." nach Hause geschickt. Der Mißmut über die Willkürpraktiken der Leitung und die Verunsicherung der Kollegen wuchs von Tag zu Tag. Als dann am Mittwoch (13.10.) der Kollege Weingärtner, ein bis dahin festangestellter Bühnenarbeiter, der schon über 9 Monate im Haus war, „fristgemäß" gefeuert wurde, war die Einsicht in die Notwendigkeit sich gegen die Leitung zusammenzuschließen größer den jeh. H. Weingärtner war zwar offiziell wegen „mangelndem Interesse", „Nachlässigkeit", „Unzuverlässigkeit" und häufigem Zuspätkommen gekündigt worden. Daß aber eigentlich andere Gründe für die Entlassung verantwortlich waren, war jedem klar. Wer sich nämlich für die Interessen der Kollegen einsetzte, kam durch seine „mangelnde Anpassungsbereitschaft" sehr schnell in die Schußlinie der techn. Leitung und wurde dann umgehend durch anpassungsbereitere Arbeiter ersetzt. So war H. Weingärtner nur ein exemplarischer Fall, der jedem verdeutlichte, daß er selbst der nächste sein könnte. Ganz davon abgesehen, daß die Kündigung sowieso arbeitsrechtlich unhaltbar war und die Begründungen vorne und hinten nicht stimmten, stellten wir unsere zweite Forderung auf: Weiterbeschäftigung von H. Weingärtner als Festangestellter am TdW.

Der „Zuckerbrot-und-Peitsche-Praxis" — einerseits heuchlerisch von „guter kollegialer Zusammenarbeit in der großen Theaterfamilie" zu reden und andererseits die Leute skrupellos auszutauschen, wenn sie nicht so „funktionieren" wie es der techn. Leitung vorschwebt — mußte ein Ende gesetzt werden.

Die Vorbedingungen unseres Kampfes:

Aufgrund der Tatsache, daß die Leute einzeln verdammt schnell zu ersetzen waren, konnten wir nur gemeinsam Druck ausüben. Wobei wir von der Einschätzung — Fehleinschätzung, wie sich hinterher herausstellte — ausgingen, daß ohne die Mehrheit des techn. Bühnenpersonals keine Vorstellung zu fahren sei. Auf die seit Monaten im permanenten Nervenkrieg von uns häufig vorgetragenen Forderungen nach höherem Lohn wurde mit Verzögerungs- und Hinhaltetaktik reagiert. Der techn. Leiter versprach, sich für uns einzusetzen, um „für uns etwas herauszuholen". (Gemeint waren — wie er selbst zu-

gab – 5% am St. Nimmerleinstag) so kam es, daß wir uns zusammensetzten und beschlossen uns nicht länger vertrösten zu lassen, sondern von unserem einzigen Druckmittel, der Drohung, die Vorstellung mehrheitlich und solidarisch handelnd zu boykottieren, Gebrauch zu machen. Wir diskutierten alle möglichen Alternativen der Reaktion der techn. Leitung und kamen, das müssen wir heute deutlich sagen, sicherlich auch zu einigen Fehleinschätzungen.

Der Arbeitskampf:

Am Sonnabend um 16 Uhr versuchten wir den techn. Leiter des TdW zu erreichen, um ihm unsere Forderungen vorzutragen und in Verhandlungen zu treten. Er war weder zuhause noch sonstwo zu erreichen. – Sicherlich kein Zufall ? ! – Gegen 18 Uhr traten wir in telefonische Verhandlungen mit Herrn Grabowsky in Basel ein. – – Die Grabowskys (die Besitzer des TdW) hinlänglich durch die Schlagzeilen über Betrugsverdacht, Subventionsschwindel, Bilanzfälschung, Steuerhinterziehung etc. bekannt; zur Zeit nach Basel emigiert wegen eines Haftbefehls (nach: „Bühnengenossenschaft 10/76") ––– Herr Grabowsky jedoch zeigte sich hart, redete von „Nötigung und Erpressung" und stellte fest, er könnte „das nicht so kurzfristig entscheiden."

Gegen 19.15 Uhr traten wir dann in Kontakt mit dem technischen Leiter des TdW, der unsere Forderungen zur Kenntnis nahm und in übelster Weise reagierte. Nicht nur, daß er außer einem erneuten Angebot „sich für uns einzusetzen" keine Sekunde lang ernsthaft zu Verhandlungen bereit war, sondern auch, daß er mit einer Schadensersatzklage drohte, „ an der einer ein ganzes Leben lang zu zahlen hat." Besondere Empörung löste der Angriff auf die ausländischen Kollegen unter uns aus, denen er eine Sicherheitsüberprüfung durch Staatsorgane als mögliche Konsequenz unserer Aktion andeutete. Was das hieße, könnten sie sich ja selber überlegen. Alle Spaltungsversuche und Einschüchterungen fruchteten jedoch nicht; wir blieben geschlossen und bestanden auf Verhandlungen über unsere Forderungen. Resultat: „Wer nicht arbeiten will, der kann gehen." Und wir gingen – geschlossen. Das war gegen 19.30 Uhr.

Aktionen nach der fristlosen Kündigung und weitere Einschüchterungsversuche:

Gegen 19.30 Uhr begannen wir vor dem Theater Flugblätter zu verteilen, die wir für den Fall der Fälle – der nun eingetreten war – vorbereitet hatten. Der Tenor der Flugblätter, die heute Abend bei uns im „Kyllini" eingesehen werden können, war allerdings auf das Recht der Zuschauer auf eine technisch einwandfreie Vorstellung gerichtet, die wir nicht gewährleistet sahen.

Kaum 10 Minuten waren vergangen, da tauchten auch schon die blauen Garanten der Sicherheit und Ordnung vor dem Theater zahlreich auf. Es wurde somit nicht nur versucht uns einzuschüchtern, sondern auch das ohnehin unseren Interessen nicht besonders aufgeschlossen gegenüberstehende „Sonnabend-Musical-Publikum" vor uns abzuschrecken.

Als letztes Register zog die techn. Leitung dann noch (vom Hausverbot für uns einmal ganz abgesehen) ein paar andere Einschüchterungsmaßnahmen. So verschloß man an besagtem Streikabend die direkte Verbindungstür zwischen Theater und „Kyllini" (griechisches Restaurant im Hause) um eventuell interessierten Theaterbesuchern die Kontaktaufnahme mit uns zu erschweren und dem Wirt, der uns immer in seiner Gaststätte tagen ließ, eine Lehre zu erteilen und das Wasser abzugraben. Man scheute sich nicht davor, uns in besagtes Restaurant einige Uniformierte und „Zivile" zu schicken, eigens um sich noch mal ausdrücklich unserer friedlichen Absichten versichern zu lassen und uns eine Rechtsbelehrung zu erteilen. Nun ja – wir ließen uns auch dadurch nicht einschüchtern und haben weitergemacht bei der Verbreitung der ganzen Sache.

Die Vorstellung hatte man am Sonnabend mit 5 eiligst herbeigekarrten Arbeitswilligen und unter Einsatz aller Reserven und Kräfte doch noch über die Bühne bekommen.

Fazit:

An solidarischem Handeln unsererseits hat es also nicht gemangelt. Wir haben diesen Kampf für unsere gerechten Forderungen hauptsächlich dadurch wohl verloren, daß wir falsche Einschätzungen über das Kräfteverhältnis und die Voraussetzungen des Kampfes hatten. Trotzdem sind diese objektiven Fehleinschätzungen und unser Scheitern kein Grund, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Wir wollen mit diesem Flugblatt versuchen, eine breite Öffentlichkeit über die miserabelen Arbeitsbedingungen am TdW und den privaten Theatern im allgemeinen zu informieren. Unterstützen Sie unsere Bestrebungen, indem Sie nach der Vorstellung ins „Kyllini" um die Ecke (Eingang rechts neben dem Haupteingang) kommen, um mit uns über die kurz- und langfristigen Möglichkeiten zu diskutieren.
Kontaktadresse: Gruppe Technik am TdW, Lüderitzstr. 14, bei Markmann, 1000 Berlin 65.

RAFAEL SANCHEZ GEWINNT SEINEN PROZESS GEGEN OPEL IN 1. INSTANZ

BOCHUM (ID) 20.Oktober Wie in den ID-Nr. 140/141 - berichtet, war der spanische Opel-Kollege Rafael Sanchez wegen seiner kämpferischen Rede auf der Belegschaftsversammlung am 24.Juni 1976 gekündigt worden, und zwar ca. 1 Monat (!) später, während der Werksferien, als er sich im Urlaub befand.

Gegen diese Kündigung erhob Rafael Klage vor dem Arbeitsgericht Bochum. Weil Opel wohl selbst Bedenken gekommen waren, ob diese 1.Kündigung formal richtig ausgesprochen worden war, wurde Rafael am 25.8.1976 noch ein zweites Mal gekündigt mit der ‚Begründung': „Wir sind der Auffassung, daß Sie für die vertraglich vorgesehenen Tätigkeiten nicht geeignet sind." Auch gegen diese 2.Kündigung erhob Rafael Klage vor dem Arbeitsgericht Bochum.

Am 15.10.1976 fand nun der Prozeß wegen der 1.Kündigung statt. Rafael hatte seine Klage auf zwei Punkte gestützt:

1. Die nach § 102 BetrVG vorgeschriebene Anhörung des Betriebsrates sei nicht ordnungsgemäß erfolgt, weil Rafael im Urlaub war und der Betriebsrat daher nicht mit ihm über die von Opel angegebenen ‚Gründe' sprechen konnte; dies sei eine Behinderung sowohl der Tätigkeit des Betriebsrates als auch ein Verstoß gegen seine eigenen Rechte.

2. Seine Rede auf der Belegschaftsversammlung sei vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung voll gedeckt; er habe Opel keineswegs verleumdet etc., sondern alles, was er gesagt habe, sei wahr und auch zu belegen.

Zum Prozeß waren etwa 30 Opel-Kollegen und Mitglieder des Opel-Solidaritätskomitees gekommen. Wer nun aber erwartet hatte, daß die Verhandlung über beide Punkte geführt werde, sah sich getäuscht: es wurde lediglich über den 1.Punkt, also die Frage, ob die Kündigung formal in Ordnung war, geredet, nicht dagegen inhaltlich über die Rede Rafaels.

Der Richter meinte gleich zu Anfang, er hätte so seine Zweifel, ob formal alles mit rechten Dingen zugegangen sei, daher wolle er doch Opel empfehlen, die 1. Kündigung zurückzunehmen, dann brauche man doch nur noch über die 2. Kündigung, die ja formal in Ordnung gewesen sei, zu reden. Das sei dann doch unproblematisch (da hätte er dann wohl gut für Opel entscheiden können!).Opel ging aber auf diesen wohlgemeinten Tip nicht ein, sondern der Prozeßvertreter meinte ziemlich frech, es sei alles okay gewesen, schließlich habe Opel doch gar nicht wissen können, daß Rafael in Urlaub gewesen sei (trotz Werksferien!) und der Betriebsrat nicht mit ihm habe reden können.

Nach einer guten halten Stunde war dann die Verhandlung gelaufen, eine Entscheidung wurde für später angekündigt. Diese Entscheidung lautete dann, daß das Arbeitsverhältnis zwischen Rafael und Opel noch bestehe, daß die 1. Kündigung also unwirksam ist. Eine schriftliche Begründung für dieses Urteil liegt noch nicht vor. Man kann aber davon ausgehen, daß ausschließlich Opels formale Fehler zu dieser Entscheidung führten.

Es steht also zunächst 1 : 0 für Rafael!

Der große Hammer kam dann allerdings ein paar Tage später: das Arbeitsgericht beschloß, die Klage gegen die 2.Kündigung zurückzustellen, bis die 1. Kündigung rechtskräftig entschieden ist. Das bedeutet: Opel geht jetzt wahrscheinlich gegen das Urteil zum Landesarbeitsgericht Hamm in Berufung; dort ist eine Entscheidung

kaum vor Frühjahr 1977 zu erwarten. Selbst wenn Rafael dort noch einmal gewinnt, geht der Prozeß gegen die 1.Kündigung möglicherweise noch bis zum Bundesarbeitsgericht in Kassel (Rechtsbeschwerde); dort wird eine Entscheidung dann kaum vor Frühjahr 1978 zu erwarten sein. Erst wenn Rafael dort abschließend auch gewinnen sollte, würde die 2. Kündigung in Bochum verhandelt. Also möglicherweise erst Mitte 1978. Aber auch gegen diese Bochumer Entscheidung über die 2. Kündigung kann dann wieder Berufung eingelegt werden und anschließend Rechtsbeschwerde beim Bundesarbeitsgericht, so daß im ungünstigsten Fall so etwa 1980 entschieden wird, ob Rafael wieder in den Betrieb zurückkommt. Selbst wenn es für Rafael günstiger laufen sollte, kann mit einer endgültigen Entscheidung kaum vor Mitte 1978 gerechnet werden.

Das zeigt mal wieder (wie auch schon der Fall der Erwitter Kollegen von Seibel & Söhne, die bereits seit 1975 vor den Arbeitsgerichten ‚kämpfen' und wo eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts auch frühestens Mitte 1977 zu erwarten ist), daß man sich in keinem Fall auf die Arbeitsgerichte verlassen kann, auch wenn man noch so sehr im ‚Recht' ist und der Kapitalist noch so willkürlich einen Kollegen rausschmeißt. Natürlich sollte man trotzdem auch vor den Arbeitsgerichten versuchen, gegen solche Maßnahmen der Kapitalisten vorzugehen, aber verlassen kann man sich nur auf die Solidarität aller Kollegen, denn nur eine geschlossene und kämpferische Belegschaft hat die Kraft, Rausschmisse zu verhindern oder für die Wiedereinstellung entlassener Kollegen zu sorgen.

Zur Unterstützung von Rafael und anderen Kollegen, die in die gleiche Lage kommen können, bitten wir um Spenden auf das Solidaritätskonto für die entlassenen Opel-Arbeit (Achtung: neues Konto!) Städtische Sparkasse Bochum, Kto.Nr.133 066 860, Stichwort: Opel-Solidarität.

AM 28. NOVEMBER NACH ESSEN!

ESSEN (ID) 28. Oktober — Im ID 148 hat der Spanische Kulturkreis eine kurze Darstellung seiner Arbeit gegeben und das grosse Fest angekündigt. Bis dahin finden mehrere Vorbereitungstermine statt, um vielen Initiativen und Gruppen die Gelegenheit zur Mitwirkung zu geben und das Programm zu diskutieren. Hier eine kurze Darstellung des Treffens vom 24. Oktober:

„Am vergangenen Sonntag hat der erste Initiativ-Treff stattgefunden. Vertreten waren Gruppen aus den Bereichen: Mieter (Altbau, Neubau, Zechensiedlung), Betrieb, Gesundheitswesen, Jugendzentren, Internationalismus (Afrika, Lateinamerika, Spanien), Ausländische Arbeiter, Autobahn-Initiativen, Lehrergruppe, Frauengruppen, Kindergruppen (wahrscheinlich habe ich noch Gruppen vergessen).

Der erste und schwierigste Punkt war, den *Parteien* klar zu machen, daß es nicht der Sinn des Festes ist, daß alle linken Gruppierungen, Parteien, Parteichen und Grüppchen ihren Stand und ihren Beitrag machen und daß sich die Hauptfeinde SU und Hauptfeinde US-Theorie-Vertreter den Platz streitig machen. Also mitmachen kann jeder, der an einer konkreten Sache arbeitet, innerhalb einer Initiative in der jeder, gleich welcher Strömung mitarbeiten kann, wenn ihn das Problem betrifft. Von den Initiativen wurde dieses Prinzip vertreten, von den Parteien abgelehnt."

Zum Programm:
„Am Nachmittag ab 12.oo h werden neben Informationsständen kürzere Filme ablaufen und Kindertheater und Spiele gemacht werden. Das eigentliche Programm beginnt um 18.oo h. Dieses Programm wird in seinem aktuellen Stand laufend veröffentlicht werden und sich sicherlich innerhalb des nächsten Monats noch des öfteren ändern. Das Programm hat sich inzwischen leicht erweitert. Zugesagt haben endgültig Ton-Steine-Scherben und der Italiener Franco Trincale. Wichtig ist der Kartenvorverkauf, da wir die Halle 10 Tage vorher bezahlen müssen und das sind 6200,– DM. Es finden vor dem Fest noch zwei weitere Termine der Initiativen statt, die manbei uns erfährt, wenn man mitmachen will."
(Spanisches Zentrum, Kibbelstr. 12, 4300 Essen, Tel. 236602)

CNT-RUNDREISE : TERMINÄNDERUNG

FRANKFURT (ID) 27. Oktober — Der Termin für die Frankfurter Veranstaltung mit den CNT-Genossen (Confederacion Nacional del Trabajo) – siehe ID Nr. 146 – hat sich geändert: Die Veranstaltung findet am 7. November (und nicht am 3. November) in der Sozialstation Bockenheim am Rohmerplatz statt.

CNT - VERANSTALTUNG IN BREMEN

Am 15. und 16. Oktober veranstaltete die Föderation Neue Linke (FNL) mit den auf einer Rundreise sich befindlichen Genossen der CNT eine Veranstaltung mit dem Theme „Spanien heute". Am Freitag lief als Auftakt der Film: „Spanien 36 – ein Volk in Waffen", der bei allen Anwesenden gut angekommen ist. Durch Mehrheitsbeschluß wurde die Fete, die sich anschließen sollte, in eine Diskussionsrunde umgewandelt. Die Diskussion über die Situation in Spanien etc. wurde am Dienstag fortgesetzt, und erstreckte sich über mehr als 4 Stunden. Erfreulicherweise steckten die Parteifans von Ernst Aust u.a. ihre Nase nicht zur Tür herein. Die Diskussion konnte deshalb sachlich und intensiv geführt werden. An beiden Veranstaltungen waren insgesamt ca. 200 Personen anwesend. Für Bremer Verhältnisse ist das ein gutes Ergebnis.

ZUM ERSTEN MAL IN DER BRD: EIN FRAUEN-ASTA AN DER UNI

FRANKFURT (ID) 27. Oktober — Der erste Frauen-Asta in der BRD wurde am vergangenen Freitag, 22. Oktober, an der Frankfurter Uni gewählt, mit absoluter Mehrheit im Studentenparlament, d.h. mit den Stimmen von SHI (Sozialistische Hochschulinitiative) und den Stimmen der Juso-Hochschulgruppe. Bereits im letzten Asta hatten die SHI-Frauen ein Frauenreferat eingerichtet. Inzwischen gibt es auch in den Studentenausschüssen in Heidelberg, Tübingen, Kassel und Berlin solche Frauenreferate. Frauen vom ID sprachen mit den Asta-Frauen über die Geschichte und die Interessen und Absichten, die sie mit ihrer Arbeit verbinden.

ID: Welche Erfahrungen habt ihr mit dem Frauenreferat gemacht, und ist der Frauenasta eine Konsequenz daraus?

Asta: Die Männer aus der SHI-Gruppe, die den letzten Asta bildeten, konnten nicht daran vorbei, daß es eine ziemlich starke Frauenbewegung gibt und sahen das durchaus ein mit dem Frauenreferat. Der umstrittene Punkt für die Frauen, die das Frauenreferat mitdiskutierten, war, daß sich die Frauen in der Männergruppe und im Asta überhaupt ziemlich untergebuttert fühlten. Es kamen auch ganz manifeste Angriffe aus der Frauenbewegung, warum im Asta mitarbeiten, wenn man doch dort nur unter Männern ist. Nach einem Semester Frauenreferat konstituierte sich die zwischenzeitlich eingeschlafene Uni-Frauengruppe wieder, auch durch die Aktivitäten zur Gerhard-Strecker-Kampagne, wo sich sehr viele Frauen getroffen und diskutiert haben. Es gab sehr viele Frauen, die hinkamen, mit vielen Ideen, von denen wir alle begeistert waren,und da dachten wir, warum soll nicht auch ein Frauen-Asta möglich sein.

Dauernd tauchten Schwierigkeiten und Mißverständnisse auf und daß z.B. die Männer sagten: Wieso, wenn ihr was zu Frauenproblemen macht, dann ist das ganz schön, aber eine inhaltliche Diskussion darüber abgewehrt haben, daß wir die Probleme in der Frauengruppe und nicht im Asta diskutieren sollten. Mir kommt das schon fast so vor wie: geht doch in euren Sandkasten und spielt da ein bißchen. Wir wollen diese Trennung von der großen Politik, die üblicherweise die Männer machen, nicht mehr.

Ich finde, Männer müßten genauso in der Lage sein, über den § 218 zu diskutieren, wie Frauen über den Imperialismus.

Ein Teil der Frauen im Asta ist nicht aus einer politisch langjährigen Erfahrung heraus in den Asta hineingegangen, sondern sie sahen die Möglichkeit, durch den Frauenasta Einblick zu bekommen in das, was ihnen bislang durch die Struktur, das Verhalten und auch durch die Themen des alten Asta nicht möglich war. Daß also dieses Interessenvertretungsorgan auch für uns Frauen durchsichtiger wird und wir auch unsere eigenen Interessen reinbringen können und ihn für unsere Sache auch benutzen.

ID: Der alte Asta wird in euren Papieren kritisiert als ein in traditioneller linker Politik steckengebliebener und aus seinem bürokratischen Alltag nicht herausgekommener. Was heißt das für die Politik des neuen Frauen-Asta?

Asta: Unter traditioneller Politik verstehen wir, daß die Ursachen der Politik immer von außen gesehen werden, gerade in der Kampagnenpolitik, warten bis jemand stirbt, bis jemand verhaftet wird und dann erst eingreifen. Ansonsten fällt unter den Begriff traditionelle linke Politik das Aufgreifen von Repressionsmaßnahmen, also auch für etwas von außen, z.B. HRG, die Strukturveränderung an der Uni, die Kapazitätsverordnung usw. Dinge, die also von Amts wegen hereinkommen. Es ist eigentlich immer ein Anlaß, der von außen kommt, bevor etwas passiert. Für uns ist es ein ziemliches Anliegen, das einmal aufzusprengen.

Für uns heißt das auch, andere Formen anzustreben, auf Probleme einzugehen: wie werden Probleme subjektiv empfunden? Das bezieht sich auch konkret auf unsere Form der Zusammenarbeit als Gruppe im Asta, den Versuch zu machen, dies kollektiver zu lösen, z.B. aus der herkömmlichen Verteilung der Referate herauszukommen.

Wenn heute noch mal so etwas passieren würde wie nach dem Tod von der Ulrike, also eine Massenverhaftung hier in Frankfurt, da würde ein Frauenasta mindestens genauso handeln wie der letzte Asta, das ist auch unser Selbstverständnis. Uns kommt es darauf an, nicht völlig neue, sondern andere Inhalte zu dem, was bisher im Asta gelaufen ist, noch hinzuzubringen, z.B. das was die Frauenbewegung beinhaltet und was konkret die Studentinnen hier an der Uni angeht.

Wir wollen nicht nur Frauenveranstaltungen, nicht nur ne KKW-veranstaltung, nicht nur eine Alternativjahrmarkt machen, sondern auch eine Veranstaltung zum Karl-Heinz Roth, der früher mal Asta-Vorsitzender in Hamburg war und jetzt seit längerer Zeit im Gefängnis sitzt und dem es auch gesundheitlich ziemlich schlecht geht. Da gibt es eine Gruppe die eine Veranstaltung macht an der Uni, d.h. wir wollen auch die Repression, die man insgesamt in der Gesellschaft erfährt, aber auch an der Uni, nicht aus unseren Diskussionen rauslassen.

Es gibt an der Frankfurter Uni allein 14 Professoren, die in einem öffentlichen Brief sich dafür ausgesprochen haben, daß Kernkraftwerke gebaut werden. Darüber wollen und können wir nicht hinwegsehen, sondern wir müssen uns überlegen, wie wir gegen die Herren vorgehen können. Ein Anfang könnte eine Konfrontation in einer Diskussion sein; aber das wird sicherlich nicht alles sein können.

ID: In eurem Vorbereitungspapier schreibt ihr, daß ihr die verschiedensten Alternativprojekte wie Lederwerkstätten, Kräutersammler, usw. zu einem Alternativ-Jahrmarkt in der Uni vorstellen und makrobiotisches Essen als Hinweis auf die ökologische Verelendung kochen wollt. Welche Bedeutung haben diese Projekte für eure Politik an der Uni?

Asta: Die meisten, die sich in solchen alternativen Projekten engagieren, sind Studenten, die den Leistungsdruck an der Uni nicht mehr ausgehalten haben. Das sollte auch den anderen vermittelt werden und zwar nicht nur über Diskussionen, sondern über deren Produkte. Das sollte alles vorgestellt werden auf dem Jahrmarkt. Was aber nicht heißt, das wir die Universität ignorieren wollen. Da kommt auch der Widerspruch bei uns heraus, daß wir nicht sagen können, wir sind jetzt an der Uni und alles andere, Alternativen, das können andere machen, die träumen ja sowieso. Aber letzten Endes, wir müssen die Realität sehen, wir müssen hier arbeiten. Nein, da würde man auch den Widerspruch in einem selbst nicht sehen. Wir machen den Frauenasta auch, weil wir ein Stück, ein Teil von diesen Alternativträumen und auch ganz konkreten Vorstellungen im Kopf haben. Wir machen den sicher nicht nur, um ganz konkrete Hochschulpolitik zu machen, denn das ist auch was, was wir in der Begrenztheit kritisieren wollen.

Konkreter heißt das für uns: wir fänden es gut, wenn hier an der Uni-Bäume stünden anstatt dem Beton. In der Bockenheimer Landstraße sollen im nächsten Frühjahr im Zuge der U-Bahnabeiten die Bäume abgerissen werden. Damit vollen wir uns auch auseinandersetzen, weil auch das konkret unser Leben einschränkt. Es ist aber illusionär, gegen das Abreissen der Bäume zu sein, ohne selbst einen

---

AKTION GEGEN TODESURTEILE IN IRLAND

MÜNCHEN(ID)
28. Oktober



Am Mittwoch, dem 20.Oktober, begaben sich etwa 20 Leute vor das neue Generalkonsulat der Republik Irland in München. Ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Marie Murray, Noel Murray, Ronan Stenson / Keine Todesurteile in Irland / Urlaubsboykott / Ⓐ" in den Farben schwarz, rot, gelb – wurde am Gebäude befestigt. Auf dem Weg ins Konsulat, wo eine Erklärung abgegeben werden sollte, wurden sie von einem geifernden und schubsenden Hausmeister oder ähnlichem belästigt, konnten aber wenigstens bis ins Sekretariat vordringen.

Am Zaun vor dem Gebäude wurde ein mit Watte umwickelter Galgen befestigt, mit Spiritus übergossen und angezündet, was drei Konsulatsangestellte auf den Plan brachte. Die wiederum brachten den brennenden Galgen zum Wackeln und schließlich zu Fall. Er brannte dann auf dem Bürgersteig weiter. So traf ihn auch die herbeigerufene Funkstreife an. Man konnte aber behördlicherseits überhaupt nichts rechtes damit anfangen und begnügte sich mit der etwas lächerlichen Frage: „Wer war das?"

Nachdem der Galgen niedergebrannt war, konnten dann auch alle unbehelligt wieder abziehen.

Baum zu pflanzen.

Da wird zwar einerseits eine Veranstaltung über Kernkraftwerke ablaufen, aber da werden wir andererseits dran arbeiten, diese Veranstaltung anders zu gestalten als wie bisher üblich, nämlich nicht trokkene Vorträge zu halten, die letztlich darauf zurückgreifen, was in Seminaren auch abläuft. Wir haben uns andere Formen überlegt, in denen wir den Studenten deutlich machen können, in welcher Situation sie leben.

Wir halten es für sinnvoller ihnen zu zeigen, was ihnen fehlt, als ein Flugblatt darüber zu schreiben, wieviel Gift, Fett, sonstiges Zeug in den Würstchen in der Mensa ist. Wir glauben, daß dies besser zu vermitteln ist, wenn wir eine andere Ebene dagegensetzen in einer neuen Form von Festen, die wir initiieren, Essen selber kochen, von Jahrmärkten, daß wir symbolisch darstellen, was eigentlich möglich wäre, wenn es anders gemacht würde.

ID: Wie seht ihr eure Position im Asta innerhalb der linken Bewegung?

Asta: Für uns sieht es so aus, daß wir jetzt nicht mit der Absicht in den Asta reingehen, damit für alle Zeiten einen Frauenasta herzustellen, das heißt, daß wir jetzt nicht den Schwerpunkt Frauenpolitik zur Lebensperspektive machen wollen an der Uni überhaupt, sondern wir sehen das zeitlich begrenzt auf dieses eine Jahr; vor allen Dingen auch deshalb, weil wir im engen Zusammenhang mit den Männern der SHI zusammengearbeitet haben und auch zusammenarbeiten wollen und uns sowohl aus der Geschichte als auch von unserem jetzigen Stand her als Teil der SHI begreifen. Das heißt, daß wir eben nicht nur Teil der Frauenbewegung sind in dem Sinne, daß wir uns nur auf Frauenpolitik reduzieren, sondern daß wir auch Möglichkeiten suchen, zwischen den gemischten Gruppen, zwischen der linken Bewegung allgemein und der Frauenbewegung eine Diskussion wiederherzustellen.

Anm.: Als Reaktion auf die Bildung des Frauen-Asta hatten die Frankfurter Jusos ihrer Juso-Hochschulgruppe, die mit der SHI zusammen die Mehrheit in den studentischen Gremien hat, eben diese Koalition verboten. Diese sozialdemokratische Disziplinierung hat sich die Juso-Hochschulgruppe nicht mehr gefallen lassen und die Trennung von den Jusos vollzogen. Die im Frauen-Asta vertretene Juso-Genossin hat ihr SPD-Parteibuch zurückgegeben.

Die Juso-Hochschulgruppe hatte schon vor einem Jahr, als der portugiesische Sozialistenführer Soares in Frankfurt von der SPD gefeiert wurde, ihre Kritik in die Öffentlichkeit getragen und war deshalb von der Parteispitze ausgeschlossen worden.

ZUR LIQUIDIERUNG EINES SELBSTVER– WALTETEN STUDENTENHEIMS

HEIDELBERG (ID) 21.Oktober

Seit Jahren versuchen Rektorat und Unibürokratie in Heidelberg das zur Universität gehörende Studentenwohnheim Collegium Academicum (CA) aufzulösen. Der Grund: es ist wahrscheinlich einzigartig in der BRD – ein Wohnheim in studentischer Selbstverwaltung und daher für die Universität politisch nicht tragbar. In diesem Heim bestimmen wir, die Bewohner des CA, unser Leben selbst, d.h. keine Reglementierung, keine repressive Hausordnung.

In unserem Haus gibt es eine Anzahl von Räumen, die früher von verschiedenen Instituten der Universität genutzt wurden; heute stellen wir diese politischen Gruppen und Arbeitskreisen zur Verfügung. Daneben haben wir im CA ein Forum für politisch-kulturelle Veranstaltungen eingerichtet: Straßentheatergruppen, politische Filme, die selten in offiziellen Kinos laufen, und Folk-Musik-Veranstaltungen finden fast wöchentlich statt. Das CA ist ein Zentrum für Gegenkultur geworden.

Die Gegenstrategie der universitären Leitung, ja selbst kommunaler und staatlicher Organe, uns in der Öffentlichkeit als ‚rote Schafe' darzustellen, bewirkten kaum etwas: Arbeitskreise, die seit Bestehen des Hauses (Gründung als Wohnheim: 1946) eine feste Einrichtung waren und von der Uni immer finanziell unterstützt wurden, bekommen seit Semestern keine Zuwendungen mehr mit der Begründung, sie seien nicht wissenschaftlich genug.

Ebenso konnte die Abschiebung einer amerikanischen Kollegiatin in die USA durch die Heidelberger Stadtverwaltung (1972) nicht durchgeführt werden und gleichfalls konnte man uns trotz heftiger Anstrengung nicht in die Nähe der Stadtguerilla rücken: im Zuge der sogenannten ‚Aktion Winterreise' im November 74 wurde während einer spektakulären Polizeirazzia ein türkischer Kommilitone aus dem CA vorübergehend (2 1/2 Monate) festgenommen. In beiden Fällen konnte vor allem durch unsere Öffentlichkeitsarbeit verhindert werden, daß wir von offizieller Seite ins politische Abseits gedrängt werden.

Nun will man uns den Garaus machen, indem man eine dringend anstehende Renovierung des Hauses dazu benutzt, zum einen die Selbstverwaltung aufzulösen und zum zweiten das Haus nach der Renovierung überhaupt nicht mehr als Wohnheim zu nutzen. Bislang existierten Pläne, nach denen in das Haus Verwaltungsräume der Uni kommen sollten und einige Wohnplätze (für ausländische Studenten und Graduierte) beibehalten werden sollten. Jetzt soll aus dem Haus nach der Renovierung, für die mit einem Mal ca. 8 Mio. Mark zur Verfügung stehen, ein reines Verwaltungsgebäude werden. Für uns heißt das: unserem Versuch, unser Leben eigenständig, kollektiv und solidarisch zu gestalten, soll der Boden (sprich: das Haus) entzogen werden. Aus diesem Grund sind 16 Bewohner unseres Heimes in einen dreitägigen Hungerstreik getreten, der der Anfang für weitere Aktivitäten sein soll. Mit diesem Hungerstreik wollen wir zum Ausdruck bringen, daß die Auflösung des CA für uns eine existenzielle Frage darstellt.

Für uns kommt nur eine Lösung in Betracht, nach der das CA dort bleibt, wo es ist und wie es ist. Über weitere Entwicklungen werden wir im ID berichten.

P.S. Soeben erfahren wir, daß der Kleine Senat – das Gremium an der Uni, das über unser Haus zu entscheiden hat – mit 14 gegen 10 Stimmen beschlossen hat, daß das Haus aufgelöst wird und wir bis zum Sommer 77 ausziehen müssen.

Bewohner des Collegium Academicum

15000 STUDENTEN DEMONSTRIEREN IN TÜBINGEN

TÜBINGEN (ID) 28. Oktober

Im Konflikt an der Tübinger Universtität ist eine Wende eingetreten. Ein Möbelhändler aus Karlsruhe spendierte 40000 DM und entschärfte damit die Auseinandersetzung. Die Uni-Leitung hat daraufhin sofort die Koppelung zwischen der Zahlung der Ersatzgelder und der Rückmeldung aufgehoben. Die Stuttgarter Landesregierung hat aber inzwischen eine Lernmittelgebührenordnung beschlossen, nach der alle Studenten bis zu 360,– DM pro Semester aufbringen müssen. Deshalb fand die für Donnerstag, den 28.10., angekündigte Demonstration auch statt, an der sich über 15000 Studenten beteiligten. Ca. 4000 kamen aus Tübingen, alle anderen trafen mit Sonderbussen aus Reutlingen, Stuttgart und anderen Universitätsstädten aus Baden-Würtemberg ein. Bis zu Redaktionsschluß wurde keine gewalttätige Ausseinandersetzung gemeldet. Die Polizei scheint 800 Gesetzeshüter vor den Stadttoren mit Einsatzübungen zu beschäftigen, weitere 5000 können im Falle eines Falles mobilisiert werden.

ERFOLGREICHER KAMPF GEGEN ESSENSPREISERHÖHUNGEN

DARMSTADT (ID) 25.Oktober

Am 4.10. wurde an einer Essensausgabe der Mensa der TH Darmstadt der Preis von 1,70 Mark auf 2,50 Mark erhöht. Der AStA berief daraufhin eine Vollversammlung ein, auf der die Rücknahme der Erhöhung und die Aufstockung des Landeszuschusses gefordert wurden. Das Studentenwerk stellte sich hinter diese Forderungen.

Auf Druck der Basisgruppenfraktion beließen die Bediensteten des Studentenwerks es nicht bei verbalen Protesten: am 22.10. beschlossen sie, die Ausgabe des überteuerten Essens so lange einzustellen, bis die Landesregierung eine Erhöhung der Zuschüsse zum Mensaessen zugesichert hat.

STUDENTEN SITZEN AUF DER STRASSE

TRIER (ID) 20.Oktober Besonders zu Semesterbeginn macht sich in den Universitätsstädten die katastrophale Lage auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar. Relativ billig und einfach kann man die Öffentlichkeit auf dieses Problem aufmerksam machen, so wie dies sieben politisch nicht festgelegte Trierer Erstsemester machten:

So bauten sie in der Fußgängerzone ein paar Möbel auf. Couch, Tisch, Stuhl, Schrank, Bolleröfchen mit Topf, die Studentenbude war fertig. — Möbel stellte ein Altmöbelhändler zur Verfügung, die Erlaubnis von Stadt und Polizei ging ohne größere Formalitäten innerhalb von einem Tag vor der Aktion!

Flugblätter wurden verteilt, auf denen klargemacht wurde, daß nicht allein Studenten — wenn auch diese besonders — von der Wohnungsnot betroffen sind. Denn für den, der genug Geld hat, gibt' s immer eine. Gleichzeitig wurde auch darauf hingewiesen,daß der Staat seinen Teil an der Schuld habe, indem er wie hier in Trier die Uni zwar großartig erweitert (Studentenzunahme in diesem Semester rund 20%, jetzt insgesamt ca. 3000), aber keine zusätzlichen Wohnheimplätze baut.

Kleiner Erfolg: Es wurden direkt zwei Wohnungen angeboten. Die ‚politisch unbeleckten' Studenten konnten gleichzeitig noch eine wertvolle traurige Erfahrung machen: Viele Trierer wollten unbesehen das Flugblatt nicht annehmen, weil es ja sowieso kommunistisch sei.

UNI TRIER: TEILNAHMEBESCHRÄNKUNGEN AUFGEHOBEN

TRIER (ID) 21. Oktober An der Trierer Uni waren 1973 in den Fächern Anglistik und Germanistik durch Fachbereichsratsbeschluß Teilnahmebeschränkungen für Seminare eingeführt worden. Der Modus ist folgender:

Beschränkung auf 30 bzw. 25 Studenten je Seminar. Die sich zu spät in die Teilnehmerlisten eines Seminars eintragen, müssen in ein anderes Seminar, egal, ob sie das Thema interessiert oder nicht. Wenn so auf sämtliche Seminare gleichmäßig verteilt ist, werden die Teilnehmerlisten für diejenigen, die nirgends reingekommen sind, wieder eröffnet — sofern sie sich durch die schikanöse Prozedur nicht schon von der Teilnahme abschrecken ließen. Worin wohl auch der Zweck des Ganzen liegt. Begründet wird dies alles mit der Überfüllung von Seminaren.

Welches Ausmaß der dadurch provozierte Konkurrenzkampf zwischen den Studenten annimmt, zeigte sich am Montag, den 18.10., dem Tag des Vorlesungsbeginns:

Das Sekretariat Neuere Deutsche Literaturwissenschaft (NDL), in dem die Teilnehmerlisten für die NDL-Seminare ausliegen,öffnete um 10 Uhr. Um 6.10 Uhr ließ sich der erste Student in Wartestellung vor dem Sekretariat nieder. Um 8 Uhr waren es schon etwa 100 Studenten. Als das Sekretariat um 10 Uhr öffnete, waren es mindestens 250 — und wurden immer mehr. (Die Uni Trier hat insgesamt nur 3 000 Studenten.)

Während ein Teil eingeschüchtert war und sich widerstandslos in die Hackordnung einfügte, hatten die meisten eine Stinkwut und motzten gegen dieses Verfahren. Aber auch sie versuchten größtenteils, das Beste für sich rauszuholen.

Da wurden in einer Blitzaktion die ausgefüllten Teilnehmerlisten entwendet. Von wem, weiß man nicht. Bei 3 verdächtigen KSB-Genossen wurde Hausdurchsuchung gemacht. Aber ohne Erfolg. Jetzt sind also die NDL-Seminare erfreulicherweise wieder für alle offen, die Teilnahmebeschränkungen fallen weg. Zwar ließ NDL-Professor Pikulik zunächst verlautbaren, man wolle die Listen rekonstruieren und neu ausfüllen lassen; davon sieht man aber doch ab — offensichtlich, weil da zu viel Ärger mit den Studenten und Studentinnen befürchtet wird.

Nachdem der Dekan des Fachbereichs Sprach- und Literaturwissenschaften, Eibl, am 19.Oktober in einem ersten Schreiben an die Studenten u.a. die Teilnahmebeschränkungen für leider restlos aufgehoben erklärt hatte, dementierte er in einem zweiten Schreiben dieses erste Schreiben, welches er als ‚Fälschung' bezeichnete. Es bestehe zwar nicht die Absicht, die Listen zu erneuern, jedoch appellierte er an die Einsicht der Studenten, nur in die Seminare zu gehen, für die sie sich rechtzeitig eingetragen hätten.

Wenn jetzt niemand auf Eibls Appelle reinfällt, sieht das nach einem klaren Erfolg für die Studenten aus. Das könnte auch in allen anderen Seminaren Leute ermutigen, sich geschlossen über die Teilnahmebeschränkungen hinwegzusetzen und die Teilung überfüllter Seminare zu erzwingen.

ANZEIGEN GEGEN STUDENTEN

LÜNEBURG (ID) 18.Oktober Der Streik an der PH Lüneburg vom Mai dieses Jahres (siehe ID 124) hat nun für einige Studenten Konsequenzen juristischer Unart. Von vorneherein stand schon fest, daß Martin eine Anzeige kriegen würde, nachdem er sich aus den Fängen der Polizei befreit und dabei einen Bullen derart verletzt hatte, daß dieser am folgenden Sonntag kein Fußball mehr spielen konnte. Martin war nach 500 Metern Verfolgung mit gezückter Waffe — „stehenbleiben oder ich schieße" eingefangen worden.

Der Polizist forderte von Martin 1000 DM Schmerzensgeld. Dazu kam eine Anzeige wegen Widerstand gegen die Gewalt des Staates. In der ersten Verhandlung wurden die Schmerzensgeldforderungen vom Richter als zu hoch kritisiert. Aufgrund der Tatsache, daß Martin Widerklage erhoben hatte, verwunderte der Richter sich jedoch mächtig und beliebte zu fragen, wieso er denn dazu käme, er hätte doch gar kein Geld...

Ein weiterer Prozeß wird jetzt jedoch wegen der Dekanatsbesetzung, die auch während des Streiks erfolgte, angefangen. Die Dekanatsbesetzung, die nichts weiter als die Herstellung von Öffentlichkeit in einer Prüfung, die überraschend dorthin verlegt war, gewesen ist, dauerte etwa drei Stunden und sollte mit einem 200-köpfigen Einsatzkommando aufgehoben werden.

Nun wurde der damalige Examenskandidat plötzlich zum Gericht geladen. Er erfuhr dort, daß zwei Kommilitonen wegen der Dekanatsbesetzung angezeigt worden seien. Und er sollte gegen sie aussagen.
Die beiden Studenten waren weder sogenannte Rädelsführer, noch sind sie irgendwie anders in Erscheinung getreten. Viel wahrscheinlicher ist ein Racheakt gegen sie. Sie sind wohl von anderen Studenten denunziert worden. Die Aussage vor Gericht sollte in erster Linie dazu dienen, weitere Namen von Besetzern festzustellen.

Dem Kommilitonen wurden etwa 50 Namen vorgelesen. Er sollte aussagen, ob die betreffenden Leute im Dekanat waren. Es waren dies ausschließlich Namen von Leuten, die auch sonst politisch aktiv sind. Anschließend wurde er gezwungen, sich auf zwei Namen von ÖStA-Mitgliedern (Örtlicher Studentenausschuß) festzulegen. Weitere Fragen zielten auf die politische Richtung von ihm selbst und anderen Studenten. Die Frage ist, wieviel so etwas mit dem strafrechtlichen Begriff von Hausfriedensbruch zu tun hat. Die Tendenz derartiger Prozesse ist klar:

Was staatliche Reglementierung im Kultusbereich nicht schafft, wo sich dennoch Protest erhebt, da wird kriminalisiert. Das kann einen harten Winter geben."

HAFT FÜR FLUGBLATTVERTEILER BEI MANGELNDER GESINNUNGSÄNDERUNG?

KARLSRUHE (ID) 22. Oktober Vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Karlsruhe wurde am 22.10. erneut gegen zwei Genossen, einen Arzt und eine Psychologin, verhandelt, die im September 1974 vor einem Heidelberger Gymnasium die Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF verteilt hatten. Unter dem Vorwurf, der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB) waren sie bereits im Juni 1975 (vgl. ID 100) zu neun und sechs Monaten Freiheitsent-

zug verurteilt worden. (Strafen, die selbst in der bürgerlichen Presse als verhältnismäßig hart beurteilt wurden) Der Staatsanwaltschaft allerdings waren die (zur Bewährung ausgesetzen) Strafen noch nicht hoch genug; ihrem Revisionsantrag wurde vom III. Strafsenat des Bundesgerichtshofs im Oktober 1975 auch prompt stattgegeben – wie in Anbetracht der Tradition des III. Strafsenats nicht anders zu erwarten war. Das Urteil wurde im Strafausspruch aufgehoben und erneute Verhandlung vor dem Landgericht Karlsruhe angeordnet.

In der neuen Verhandlung soll über die Frage entschieden werden, ob bei „Gesinnungstätern" oder „Überzeugungstätern", wie der BGH die Verteiler der Hungerstreikerklärung bezeichnet hat, Freiheitsstrafen zu vollstrecken sind, wenn die Betroffenen ihre Gesinnung nicht geändert haben.

Ins rechte Licht wurde der Prozeß gleich zu Beginn durch einen Akt des Vorsitzenden Richters Friesinger gerückt: er forderte die auf eigenen Antrag entpflichteten Pflichtverteidiger der Angeklagten, die erstens rechtlich unzulässigerweise trotz Vorhandenseins von Wahlverteidigern (Croissant und Heldmann) bestellt worden waren und zweitens nie das Vertrauen der Angeklagten genossen hatten, auf, sich im Gerichtssaal bereitzuhalten. Der daran anknüpfende Antrag der Verteidigung auf Ablehnung des Vorsitzenden wegen Besorgnis der Befangenheit wurde natürlich zurückgewiesen.

Zur Sache gaben die Angeklagten folgende Erklärung ab (auszugsweise):

(Der erste Teil der Erklärung umfaßt den Hinweis auf Grundrechte, die im Grundgesetz und der Menschenrechtskonvention niedergelegt sind und die von einer Rechtsstaatspraxis gebrochen werden, die sich an den Sicherheitsinteressen, d.h. der Polizei orientiert.

Die Haftbedingungen der politischen Gefangenen sind u.a. aus zahlreichen Beschlüssen westdeutscher Richter zugegeben worden. Zahlreiche Organisationen und bekannte Gutachter haben die menschenzerstörende Wirkung dieser praktizierten Haftbedingungen bestätigt.

Der Hungerstreik der RAF habe sich nach ihrer eigenen Erklärung gegen diese Sonderbehandlung gerichtet, und ...):

Wir sind nicht gesonnen, zu dem Hungerstreikdokument der Gefangenen aus der RAF als Ausdruck ihres Protestes irgendwelche Erklärungen oder Einschätzungen abzugeben.

Unter der Hungerstreikerklärung stehen die zwei hauptsächlichen vom Gericht inkriminierten Formulierungen: „Alle Macht dem Volk durch Eroberung der Gewalt" und „Freiheit durch bewaffneten antiimperialistischen Kampf."

Darunter steht: „Die Gefangenen aus der RAF, September 1974".

Dazu einige Feststellungen:

1. Wir sind keine Gefangenen aus der RAF.

2. Wir sind aber auch nicht bereit, das öffentlich zugängliche Dokument der Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF, das ein Stück ihrer Identität ist, zu zensieren.

Wir können den Gefangenen nichts von dem, was sie denken und ausdrücken, abschneiden. Täten wir das, schnitten wir ab, ließen wir weg, rissen wir auseinander, zensierten wir, sprächen wir den Gefangenen die Artikulation ihrer Gedanken ab, praktizierten wir dasselbe, was lang andauernde Isolation produziert oder produzieren soll: Zerstörung der Identität der Gefangenen.

Wir wenden uns gegen die systematische Zerstörung der Identität von Menschen durch soziale Isolation und sensorische Deprivation. Wir wenden uns gegen Folter durch Entzug der gesellschaftlichen Stoffe, durch den der Mensch Mensch wird und Mensch bleibt.

Die ganze Hungerstreikerklärung der politischen Gefangenen, die sich als gefangene Guerilleros begreifen, ist ein Stück ihrer Identität, ist ein Stück ihrer Lebensäußerung – wir können davon nichts abschneiden, wir zensieren nicht.

Daß der dritte Strafsenat des BGH in seinem Revisionsurteil uns den Vorwurf macht, wir seien Gesinnungstäter, – weil er die Werbung für eine kriminelle Vereinigung (nach § 129 StGB) durch die Hungerstreikerklärung als gegeben ansieht, – veranlaßt uns zu der Frage, welche Gesinnung er denn meint.

Sowohl in den Ausführungen der Staatschutzkammer wie in der Revisionsbegründung des 3. Senats werden Spekulationen und Assoziationen als Begründung zur Urteilsfindung gebraucht, von den Tatsachen der Isolationsfolter, wie sie in der Hungerstreikerklärung aufgeführt sind, wird beharrlich geschwiegen. Es ist von „Gesinnung" die Rede, die sich „in strafbaren Handlungen" äußert und von „Gesinnungsänderung".

Wir stellen uns auf den Boden der Tatsachen, die wir sehen. Die Tatsachen sind die wirklichen Voraussetzungen, von denen wir ausgehen.

Wir stehen dazu, daß es notwendig ist, daß es unsere Pflicht ist, die Tatsache der Isolationsfolter in der BRD bekanntzumachen. Wir wollen nicht in Abrede stellen, daß die Grundrechte und Menschenrechte geschriebenes Gesetz in der BRD sind, wir beharren aber auf ihrer Verwirklichung.

Rückblickend hat sich bestätigt durch ärztliche Gutachten, durch die Änderung der Haftbedingungen, durch die Justizorgane selbst, daß es richtig war, die Haftbedingungen der politischen Gefangenen als Isolationsfolter zu brandmarken.

Wir fühlen uns nicht in der Lage, davon abzurücken. Der BGH verlangt Gesinnungsänderung – im Widerspruch dazu stehen die Tatsachen und unsere auf diese Tatsachen begründete Überzeugung. Otto Kirchheimer, ein international anerkannter Jurist, schreibt 1935 im Pariser Exil: „Die Einführung des ‚Willensstrafrechts', die Akzentverlegung von der Tat auf den ... Willen dient ... dazu, den Willen des Einzelnen zu isolieren und seine Rückführbarkeit auf allgemeine soziale Zustände zu leugnen."

Will das Gericht „Willensstrafrecht" praktizieren?

Wir kennen das Urteil, das der III. Strafsenat des BGH will: keine Gesinnungsänderung – keine Bewährung. „Wenn ihr eure Auffassung nicht ändert, wird die Änderung eurer Auffassung erzwungen".

Die Forderung der Gesinnungsänderung d.h. eigentlich: Tatsachen leugnen, bedeutet: den eigenen Auffassungen abzuschwören, d.h. für uns auch unserem Berufsethos als Arzt und Psychologin abzuschwören, unsere eigene Identität zu verleugnen.

Gefängnis in einem selbst ist schlimmer als Gefängnis um einen herum.

Natürlich wollen wir deutsche Gefängnisse nicht von innen kennenlernen. Aber: wir sind nicht bereit, uns von dem, was wir gemacht haben, zu distanzieren."

Im weiteren Prozeßverlauf gingen Verteidiger und Angeklagte anhand vorliegender ärztlicher Gutachten auf den Inhalt der Hungerstreikerklärung ein: die Bedingungen der Vernichtungshaft, denen die politischen Gefangenen in der BRD unterworfen sind.

Die Verhandlung wurde auf den 29.10. vertagt.

POLIZEI FOTOGRAFIERT ÖFFENTLICHKEIT

Der Prozeß gegen die beiden Flugblattverteiler zog auch die Fotoabteilung der Politischen Polizei an. Im zweiten Stock einer Privatwohnung gegenüber dem Gerichtssaal, in der Stefanienstr. 4, bauten zwei Zivilpolizisten hinter vorgezogener Gardine eine Kamera auf und versuchten, durch einen Spalt in den gegenüberliegenden Wartesaal des Gerichts zu fotografieren. Hier hielten sich Freunde und die Rechtsanwälte der beiden Angeklagten, Heldmann und Croissant, während der Verhandlungspausen auf.

Nur durch Zufall fielen die beiden geheimen Knipser auf. Nach etwa einer Stunde brachen sie ihr Vorhaben ab und machten sich, Fotokoffer und Stativtasche unterm Arm, zu Fuß zur nächsten Polizeistelle in die Stefanienstr. 28.

Über die Versuche, Prozeßbeobachter und Freunde von politischen Angeklagten auf diese Weise einzuschüchtern, berichtete RA Croissant sogleich dem Gericht. Er forderte den Gerichtsvorsitzenden auf, derartige Aktionen der Polizei zu unterbinden. Friesinger reagierte prompt: er ließ das Fenster des Aufenthaltsraumes unverzüglich mit undurchsichtiger Plastikplane abdecken.

Für uns heißt das:

- wachsam sein, die Umgebung von Gerichtssälen beobachten!
- selber Fotoapparate mitbringen!
- Erinnerungsfotos machen!

ISOLATIONSHAFT IN BRUCHSAL UND ANDERSWO

BRUCHSAL (ID)
27. Oktober

Im ID 148 berichteten wir über die Haftbedingungen, denen Siegfried Knutz in der JVA Bruchsal unterworfen ist. Daß die Bedingungen in anderen Haftanstalten nicht anders sind, beschreibt Siegfried in einem Brief vom November 1975 an einen Genossen.

„*Frankenthal:*

imperialistische Architektur. Beton/Stahl/Glas — ne leblos monotone Struktur aus senkrechten/geraden und rechten Winkeln — die jede Fantasie verkümmern läßt. Es gibt keine Bezugspunkte, keine Orientierung, du siehst nur glatte Flächen, unterbrochen nur durch die Spann-Beton-Gitter (pro Fenster acht Stück zwölf mal zwölf Zentimeter); ne „emotionale" Beziehung zu den aneinandergereihten Fertigbauteilen — wie in alten Knästen — ist nicht möglich.

Auch im Bau siehts nicht anders aus. Alles atmet Feindseligkeit aus: die tristen/kahlen Gänge, belegt mit Fliesen oder spiegelblankem Kunststoff, die Türen grau, mit nem Aluminium-Griff, ner Futterklappe und nem Weitwinkelspion, mit dem jeder Winkel der Zelle kontrolliert werden kann. Dazu noch Wechsel„sprech"anlagen, die sich mit Sicherheit auf akustische Überwachung umschalten lassen.

Big Brother is watching ... du bist nie allein.

Das ganze ist frustrierend/verwirrend. Kann und soll Angst mobilisieren.

Der Baustil ist ganz und gar auf die Bedürfnisse der Verwaltung ausgelegt (die Gefangenen sind am „Leben" zu erhalten). Dieser in die Landschaft gehauene Betonklotz drückt ne Funktionalität aus, wie man sie von modernen Verwaltungsbauten, von Krankenhäusern und Siedlungen kennt (z.B. Märkisches Viertel/Berlin, „draußen" also, wo die Menschen über die isolierende Wirkung der aus dem Boden gestampften „Wohn"siedlungen klagen: „Wir leben aneinander vorbei/nebeneinander her...").

Das Irre an dieser terroristischen Architektur ist, daß eben absolut nichts da ist, woran das Auge sich festmachen kann, was man mit Bewußtsein aufnehmen/erfassen kann ... du hast einfach keine Perspektive: der graue Stahlbeton wirft dich auf dich zurück und genau das ist die Funktion dieser leblosen Architektur, wobei man an bestimmte Klöster erinnert wird, die so gebaut sind, daß die „Nonnen und Mönche" nach „Innen", zur Meditation ... gezwungen werden. (der Knastologe soll zur „Einkehr" gezwungen werden, über seine „Verbrechen" nachdenken). „Menschen", die diese Art hygienischer Vernichtung planen und bauen lassen, müßten vor ein Tribunal. Keine Frage.

Viermal am Tag geht die Zellentür auf: dreimal zur Essensausgabe/Raubtierfütterung (viele Wärter sehn dich tatsächlich als ne Art Raubtier: „Lass mich auch mal durch den Spion sehn") und einmal zum Hofgang. Ende.

Hofgang ist ne halbe Stunde, wobei die dich mit zwei/drei Wärtern bewachen, während du im Hof, der von vier Beton-Blöcken eingeschnürt ist, deine Runden drehst. Optisch bist du von der Außenwelt abgeschnitten. Könntest diesen Hofgang (beschönigend auch „Frei"stunde genannt ...) auch in nem anderen Land, unter sonst gleichen Bedingungen machen, ohne zu wissen, wo du wirklich bist!

Der Name Frankenthal gibt nichts her. Akustisch siehts nicht anders aus: zwar hörst du die anderen Gefangenen, wenn sie an der Tür vorbeigehen oder im Hof sind, kannst sie auch durch Spalten der Spann-Beton-Gitter sehen, wie sie ihren Hofgang abmachen, aber es gibt keine Kommunikation. Du hörst zwar menschliche Stimmen, hast aber keinen Bezug, kannst die Stimmen nicht mit konkreten Menschen verbinden. Versucht einer, dich zu fragen, oder nen Zuruf, wird er sofort von den Wärtern weggescheucht.

Du bist quasi aus jedem Lebenszusammenhang rausgerissen, aus jedem Arbeitsrhythmus ausgeschlossen, und genau darin drückt sich das nackte Vernichtungsinteresse aus. Es gibt keine Entwicklung, keine Veränderung, du sollst aus deiner Geschichte — Bewußtsein von Kollektivität — rausgerissen werden. Du sollst als Mensch ausgetrocknet werden. Auf deine biologische Funktion reduziert: schlafen, fressen, scheißen.

Wie lange Menschen das aushalten: in knapp zwei Jahren durch neun Knäste verschubt, weiß ich nicht.

Jedenfalls, wenn man nicht in langen Jahren das Bewußtsein von Kollektivität entwickelt hätte, das Bewußtsein, das Wir ne große Familie sind, deren Geschwister über die ganze Welt verstreut sind, dann wäre man vermutlich schon längst abgestorben — als Mensch. Klar, sie können einzelne Menschen vernichten, aber die Bewegung, der Widerstand gegen ein historisch überholtes Gesellschaftssystem, das nur noch mit Gewalt zusammengehalten wird, läßt sich längst nicht mehr aufhalten.

Venceremos!"

Der Adressat dieses Briefs hat im Dezember '75 eine Petition an den Landtag von Baden-Württemberg gerichtet. Er beantragte die Aufhebung der menschenvernichtenden Haftbedingungen gegen Siegfried. Der Petitionsausschuß antwortete im Januar '76 unter anderem:

„In der Zeit vom Februrar bis Mai Juni dieses Jahres finden wegen der Landtagswahl keine Ausschuß- und Plenarsitzungen statt. Mit der Beratung Ihrer Eingabe ist daher erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres zu rechnen. Sie werden gebeten, sich solange zu gedulden. ...."

Bis heute „geduldet" sich Siegfried in der Totalisolation.

WIE MAN U-HÄFTLINGE VOR-VERURTEILT

WESTBERLIN
(INFO-BUG/ID)
27. Oktober

Dem Info-BUG ist folgende aufschlußreiche Verfügung der Anstaltsleitung von Moabit zugeflogen:

"*VERFÜGUNG:*

Aus Anlaß der Entweichung von vier Anarcho-Terroristinnen aus der Vollzugsanstalt für Frauen in der Nacht vom 6. zum 7. Juli 1976 werden ab sofort für die hier einsitzenden Anarcho-Terroristen

Söhnke Löffler	*Wolfgang Weßlau*	*Gerald Klöpper*
Fritz Teufel	*Ronald Fritzsch*	*Ralf Reinders*
Eberhard Dreher	*Andreas Vogel*	

vorläufig folgende besondere Sicherungsmaßnahmen angeordnet:

a) Einzelfreistunde
b) Einzelbaden
c) Essensausgabe durch zwei Beamte
d) im übrigen strenger Verschluß; nach Möglichkeit keine Zuführungen
e) genaue Kontrolle der Gefangenen vor und nach Sprechstunden mit Besuchern und Rechtsanwälten

Soweit für einzelne der vorgenannten Gefangenen bereits Sicherungsverfügungen bestehen, bleiben diese aufrechterhalten und werden durch diese Verfügung nur ergänzt.

1000 Berlin 21, den 7. Juli 1976, gez. Franke, Reg.Rat"

Diese Verfügung ging vom stellvertretenden Anstaltsleiter des Knasts Moabit, Regierungsdirektor Selke, an die Staatsanwaltschaft mit der Bitte, die richterliche Zustimmung nachträglich zu erwirken. Unsere Genossen sind also heute schon von der Justiz als Anarcho-Terroristen verurteilt. Unter welchen Gesichtspunkten die kommenden Prozesse geführt werden, ist klar!

NUR TREUE STAATSBÜRGER DÜRFEN VEREINE GRÜNDEN!

LEVERKUSEN (ID)
20.Oktober

Nach jahrelangem Bemühen um ein freies selbstverwaltetes Jugendzentrum in Leverkusen, wobei wir mehrere Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Stadtverwaltung hatten,

versuchten wir Mitte dieses Jahres einen Trägerverein ‚Freies Jugendzentrum Leverkusen' zu gründen.

In einem Schreiben vom Amtsgericht Leverkusen vom 7.10.76 wurde „gegen die Eintragung des Vereins unter Bezugnahme auf den Bericht vom 17.9.76 des 14. Kriminalkomissariats in Köln, Bedenken erhoben."

In dieser Mitteilung des 14. K wurde der Verwaltungsbehörde mitgeteilt, daß über zwei Vorstandsmitglieder ‚Erkenntnisse' vorliegen. Die Erkenntnisse bezogen sich auf die Anmeldung von Demonstrationen und bis jetzt noch nicht weiter verfolgte Anzeigen wegen „Nötigung und Hausfriedensbruch" bei einem sit-in von 80 Jugendlichen bei einer Sitzung des Jugendwohlfahrtsausschusses im November vor zwei Jahren.

MIT TRILLERPFEIFEN GEGEN BETTY WILLIAMS

HAMBURG (ID) 27. Oktober Eine der Macherinnen der Belfaster „Friedensbewegung", Betty Williams, war vergangene Woche in Hannover, Hamburg und zu Gast bei Bundestagspräsidentin Annemarie Renger – am Donnerstag muß sie wieder zurück nach Nordirland, „weil ja jedes Wochenende für den Frieden marschiert wird", sagte eine der Hamburger SPD-Frauen, die Betty Williams eingeladen hatten.

Zur Person von Betty Williams schrieb das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee in den Irlandinformationen Nr. 33:
„Besonders bei der Dame Williams, kühl kalkuliert von der bürgerlichen Presse als „tapfere, kleine Frau" aufgebaut, fallen einige Details ihres politischen und sozialen Hintergrunds merkwürdig ins Auge.

Betty Williams ist Protestantin, ihr Mann Engländer; sie selbst gehört der mittelständisch-reaktionären Alliance-Partei an. Vor etwa einem halben Jahr, also vor recht kurzer Zeit, zog die wohlbetuchte Dame, wohl von einem inneren Drang folgend, ausgerechnet in das katholische Ghetto von Andersonstown, um auf einen ihr vorher eigenen respektableren Wohnsitz asketisch zu verzichten.

Es spricht nicht gerade für den sonst so strapazierten „sektiererischen Fanatismus", daß die englische verheiratete Protestantin nicht nur im Ghetto frei leben konnte, sondern von Anfang an auch eine rege politische Tätigkeit entfaltete. (Umgekehrt wäre dies im protestantischen Lager nicht einen Tag so gegangen).

Die Kontakte von Mrs. Williams bestanden wesentlich in den Pfaffen der katholischen Kirche, so wie sie im übrigen den diversen „Hausfrauenorganisationen" (House wifes Associations) und im übrigen den Alliance Anhängern und der Sozialdemokratie verbunden war. Im wesentlichen ist es diese Struktur von Kirche, Hausfrauengruppen und Mittelstandsorganisation gewesen, woraus sich die organisatorische Voraussetzung für ein Gelingen der „Frauenfriedensbewegung" ergab."

Von der Hamburger Veranstaltung bekamen wir folgenden Bericht: „Am 27. Oktober sollte Frau Betty Williams auf einem „Friedensgottesdienst" in der Petri-Kirche in Hamburg auftreten. Diese Veranstaltung, organisiert von der ahf (Aktionskreis Hamburger Frauen, Mitglieder hauptsächlich mittelständische SPD- und FDP-Frauen) haben wir – zwei Dutzend Hamburger Genossen – unseren Protest entgegengesetzt. Sobald diese irische Dame das Wort ergreifen wollte, gellte ihr ein minutenlanges Pfeifkonzert aus zwei Dutzend Trillerpfeifen entgegen. Außerdem flogen einige Tomaten in ihre Richtung. Damit war die geplante „Friedens-Harmonie" für den Rest der Veranstaltung nachhaltig gestört.

Bevor Genossen von den zahlreich anwesenden Zivilbullen gegriffen wurden, hatten wir die Kirche verlassen, nicht ohne ein Flugblatt unters Volk verteilt zu haben, in dem auf den Charakter der „Friedensbewegung" hingewiesen wurde."

Wer nähere Informationen zur irischen „Frauenfriedensbewegung" haben will, sollte sich ans Westdeutsche Irlandssolidaritätskomitee (Postfach 35, 6370 Oberursel 5) wenden oder das neue Hamburger Info Nr. 12 lesen (zubestellen über Schwarzmarkt, Bundesstraße 9 2000 Hamburg 13). Auch im ID Nr. 144 steht was drüber.

INTERNATIONALES

DREI VIERTEL DER ARBEITER VERGIFTET

TRENTO(ID) 28. Oktober Jeder hat seine Aufgabe: Die Gewerkschaft verteidigt die Arbeitsplätze, die Arbeit bringt weiterhin die Arbeiter um. Es geht hier um die SLOI in Trento, 140 Beschäftigte, Produktion von Bleitetraäthyl zur Explosionshemmung petrochemischer Produkte (Benzin etc.).

Der Preis, den die Arbeiter der SLOI bezahlen müssen, um dieses Gift zu produzieren, ist folgender: 74% der Arbeiter leiden an Bleivergiftung, deren auffälligste Erscheinungen Darmkoliken, Lähmung der Streckmuskeln, Alpträume, Angstzustände, Ohnmachtsanfälle, Zittern, Gleichgewichtsstörungen und anderes sind.Zwischen 1960 und 1970 wurden 325 Vergiftungsfälle registriert (darunter 192 Fälle mit einem Krankenhausaufenthalt von mehr als 40 Tagen), 31 Fälle von Dauerinvalidität, 12 Personen wurden in psychiatrische Krankenhaus eingeliefert, 4 Tote. Die Höchstgrenze des zulässigen Bleigehalts in Betrieben der chemischen Industrie liegt nach den gesetzlichen Bestimmungen bei 75 Gamma pro Kubikmeter Luft; in jener Fabrik liegt das Minimum bei 80 Gamma, das Maximum bei 2140 GammaDazu kommt die Explosionsgefahr der Reaktoren (ist schon ein paar mal entstanden).

Die Arbeiter arbeiten jedenfalls weiter, setzen für ihren Lohn die Gesundheit aufs Spiel und sterben weiter (den letzten Toten gab es im Januar diesen Jahres).Gegen die SLOI ist ein Prozeß angestrengt worden, zur Zeit eine Untersuchung: der Direktor des Unternehmens sucht sich mit allen Mitteln zu ver teidigen. Sein Vertrauensanwalt ist RA Lamberto Ravagnani, Mitglied der ANPI (Organisation der Partisanen, die den Widerstand gegen den italienischen Faschismus getragen haben) und Exponent der PCI ! Mit besonderer Genugtuung jedoch erinnern wir uns daran zurück, daß die Fabrik, die 1973 geschlossen worden war, nach heftigen Protesten der Gewerkschaft wieder in Betrieb genommen und unter die Aufsicht des Arbeitsamtes gestellt wurde, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

SCHWINDEL MIT UMWELTSCHUTZ IN VENETIEN – UNTERNEHMER KLAUT QUECKSILBER

BOLOGNA(ID) 28. Oktober Während Italien nach Seveso schaut, wird Venetien in aller Ruhe mit Quecksilber vollgepumpt. Doch ist dabei diesmal kein Multi, sondern ein typischer einheimischer Schwindlerkönig verantwortlich.

Maurozio Masiero, unabhängiger Chemotechniker und bekannt als Bankrottier, dazu aus Venetien und Christdemokrat (wie auch Bisaglia, der Minister für den innerindustriellen Sektor mit Staatsbeteiligung, darunter der ENI) hat von einer Tochtergesellschaft der ENI, der Anic in Ravenna, über deren Ausschreibung den Auftrag zur Bereinigung quecksilberhaltiger Abwässer erhalten.

Um den Auftrag durchzuführen, baute sich Masiero in einer alten Fabrikanlage in Montagna einen Ofen. Pro Tonne von Quecksilber gereinigten Wassers bekommt Masiero von der ENI 150 000 Lire. Dafür soll Masiero ein Kilo Quecksilber pro verarbeiteter Tonne Abwasser bei der ENI als Beweis für die erfolgte Bereinigung abliefern. Masiero aber schüttet die Abwässer von Lastern, die aus Ravenna angerollt kommen,

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

direkt in die Flüsse und Felder Venetiens. Bei der ENI liefert er Quecksilber ab, das er auf dem Markt für 25 000 Lire pro Kilo einkauft.

Bei der Kontrolle von Masieros übrigens technisch sehr guten Reinigungsanlage kommt der Arzt des Gesundheitsamtes von Montagna auf die Spur des Betrugs. Am 17.August wird Masiero wegen Umweltverschmutzung verhaftet, doch ist er einige Tage später wieder auf freiem Fuß. Der Bevölkerung aber ist noch nicht bekannt, daß es sich bei der Verschmutzung um Quecksilber handelt(dessen Abladen in der Bucht von Minamata in Japan den Tod vieler Fischer verursachte).

Hätte sich Masiero mit dem von ihm angerichteten Schaden zufrieden gegeben, wäre er vermutlich noch auf freiem Fuß. Doch die Firma Monticano in Marghera meldet am 28. August (nach der Rückkehr aus den Ferien) den Verlust von 293 Flaschen je 20 Kilo Quecksilber; 255 Flaschen davon werden später auf einer neuen Anlage Masieros gefunden, 38 Flaschen bei ihm zuhause. Er wird wegen Diebstahl verhaftet.

ANTWORT DER ARBEITER AUF SPARPOLITIK

BOLOGNA (ID)
15. Oktober

Noch ein Schlag in's Kreuz der italienischen Arbeiter: Die Regierung Andreotti, die sich auf die wohlwollende Stimmenthaltung von PCI und PSI stützt, hat Preiserhöhungen für Benzin, Gas, Strom und Telefon beschlossen sowie einen Stop der Lohngleitklauseln, durch die die Arbeiter wenigstens einen Teil des durch die Inflation bedingten Kaufkraftverlusts wieder hereinbekommen konnten.

Die PCI und die Gewerkschaftsverbände haben in den Tagen, in denen die Regierung diese Maßnahmen vom Stapel ließ, ein extrem nachgiebiges und versöhnlerisches Verhalten an den Tag gelegt. Die PCI hat durch ihre bekanntesten Exponenten (Amendola, Barca, Napolitano und allen voran Berlinguer) die Notwendigkeit von Opfern betont, um die zerrüttete italienische Wirtschaft zu retten. Von der Tatsache, daß diese Opfer wieder einmal den lohnabhängigen Arbeitern aufgebürdet werden, während die grundsätzlichen ökonomischen Entscheidungen unbefragt weiter von den multinationalen Konzernen und der italienischen Großindustrie getroffen werden, ist hierbei nicht die Rede. Im Gegenteil, es wird nun der Geldbeutel locker gemacht, um den großen Konzernen weitere Staatsdarlehen für Investitionen zu gewähren, die nicht etwa durch eine höhere Besteuerung der Profite, sondern durch eine weitere „Erleichterung" der Löhne finanziert werden.

Die Diplomatie der PCI hatte allerdings ihre Rechnung ohne die Arbeiter gemacht. In den großen Industrie-Ballungsgebieten des Nordens haben sie gezeigt, da- sie nach wie vor in der Lage sind, sich zu organisieren, wenn auch der Angriff auf die Arbeitsplätze und die Last von mehr als anderthalb Millionen Arbeitsloser die Schlagkraft der Arbeiterklasse strukturell geschwächt haben.
Nach ihnen haben die Arbeiter der OM-Werke in Mailand um das Fabrikgelände herum Straßensperren errichtet. Schließlich haben auch die Triner Arbeiter den Kampf begonnen: erst sind die von FIAT Rivalta, dann auch die der kleinen und mittleren Betriebe in Streik getreten. Am 14. Oktober haben die Arbeiter von Lancia in Chivasso, von FIAT in Stura und vom Singer-Werk die Autobahn Turin – Mailand blockiert.

In diesen Tagen sind die Gewerkschaften - überrannt von dieser Welle spontaner Mobilisierung, die von Basisgruppen organisiert worden war, gezwungen worden, ihre anfängliche Position teilweise zu ändern: möglicherweise wird in den nächsten Tagen ein Generalstreik ausgerufen werden, der jedoch beträchtlichen Widerstand innerhalb derjenigen Gewerkschaftskreise finden wird, die der Erpressungstaktiv der Regierung am ehesten erliegen. Und am leichtesten zum Nachgeben bereit sind in diesem Augenblick die an die PCI gebundenen Gewerkschafter, denn die PCI möchte der Regierung Andreotti nach Möglichkeit keine allzugroßen Schwierigkeiten machen.

KREBSGEFAHR MIT LANGZEITWIRKUNG

PIEMONTE(ID)
28. Oktober

„Man hat etwa 20% mehr verdient als in den anderen Betrieben hier in der Gegend. Die Chefs schienen – auf ihre Weise – großmütig. Man bekam öfter mal frei, um zu Heuse zu bleiben zum Heumachen oder um die Kühe zu melken. Niemand hat sich gefragt: warum eigentlich machen die soviel Zugeständnisse? "

Das ist eine Aussage des Arbeiters der IPCA (Industria piemontese di colori e anilina – Piemonter Farben- und Anilinwerke) in Cirie, 20 km von Turin, eine der Todesfabriken. Den ersten Toten gab es dort 1952, den letzten am 4. Juli des vergangenen Jahres: insgesamt 134 Tote (in Worten einhundertvierunddreißig), alle wegen Blasenkrebs. Für den Betriebsanzrt waren die Arbeiter, die zu ihm kamen, weil sie Blut im Urin hatten, einfach Säufer; die Diagnose: Leberzirrhose. Aber das, was einen wirklich umhaut, ist die Tatsache, daß die Fabrik mit ihren Farbstoffen, mit ihren Giften die Leute weiterhin umbringt. Der Blasenkrebs kommt nämlich u.U. erst nach einer Inkubationszeit von 20 oder 30 Jahren zum Ausbruch, was mit anderen Worten heißt, daß in der nächsten Zeit weitere Arbeiter (wieviele?) den von den Kapitalisten verordneten Tod sterben „müssen".

ERSTER KONGRESS DER GDUP's AUF NOVEMBER VERSCHOBEN

LISSABON (ID)
25.Oktober

Im ID 146 schrieben wir, daß am 16./17. Oktober der 1. Kongreß der GDUP's (= Gruppen zur Dynamisierung der Volkseinheit) stattfinden sollte. Aus der ‚Voz do Povo' vom 5.10.76, Zeitung der UDP, geht hervor, daß dieser Kongreß voraussichtlich erst im November stattfinden wird.

Am 2. und 3. Oktober fand jedoch bereits ein 1. Nationales Treffen statt, auf dem folgendes beschlossen wurde:

– Gründung einer Wahlkommission für die bevorstehenden Kommunalwahlen
– Aufklärung über das Manöver der PC, die ihre Listen ‚Povo Unido' (Vereintes Volk) nennt, was wohl zu einer Verwechslung mit den Listen der GDUPs ‚Unidade Popular' (Volkseinheit) führen soll.

Nach dem Nationalen Treffen fand eine Schlußkundgebung mit Otelo de Carvalho statt und anschließend ein Volksfest. Wir nehmen an, daß es auf dieser Veranstaltung war, wo Otelo geredet hatte und weshalb er, wie in der bürgerlichen Presse stand, zu 20 Tagen Haft verurteilt wurde, da er sich auf öffentlichen politischen Veranstaltungen nicht äußern darf. Dieses Verbot, das von seiner Verurteilung nach dem 25. November stammt, war nur zur Zeit seiner Präsidentschaftskandidatur aufgehoben.

RÜCKSCHLAG FÜR DIE AUTOARBEITER BEI FORD

NEW YORK (LNS/ID)
16. Oktober

Am 12. Oktober wurde nach einem einmonatigen Streik (siehe ID 145) der neue Tarifvertrag zwischen der Autoarbeitergewerkschaft (UAW) und der Ford Motor Company ratifiziert. In einer Urabstimmung zeigte sich aber, daß der ausgehandelte Vertrag keineswegs ein befriedigender Abschluß ist: 35.192 ungelernte Arbeiter stimmten dafür, 22.026 dagegen. Die Facharbeiter, deren Stimmen extra gezählt werden, und die mit ihrer Mehrheit den Vertrag ablehnen können, konnten von insgesamt 17.425 Stimmen 8.468 gegen die Annahme des Vertrages aufbringen. Der neue, für die nächsten drei Jahre geltende Tarifvertrag wurde also nur mit 489 Stimmen Mehrheit angenommen.

Nummer des Abonnement: | bezahlt bis ID–Nummer (Stand 20. 10.) | Exemplare | (Nr. 149)

903R 158 1

H.U. DILLMANN
ZUELPICHER STR. 259
D-5000 KOELN 41

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Die amerikanischen Medien bejubelten vor allem die „verminderte Arbeitszeitklausel". Sie wird als der „erste Schritt auf dem Weg zur 4-Tage-Woche" gefeiert. Solche Sprüche müssen vollkommen absurd erscheinen, wenn man die Vertragswirklichkeit näher unter die Lupe nimmt. Der große Fortschritt: es gibt während der dreijährigen Vertragszeit 12 bezahlte Feiertage mehr – so steht's in der Klausel. Was die UAW vergessen hat, publik zu machen, ist, daß durch eine andere Klausel 4 bis 6 Tage bezahlter Weihnachtsurlaub jedes Jahr einfach wegfallen.

Weiterhin hat die UAW die in früheren Verträgen ausgehandelte Einschränkung des Überstundenzwanges aufgehoben. Da jedes Jahr neue Automodelle entworfen werden, die immer in genügender Anzahl und schnell auf dem Markt sein müssen, werden die Arbeiter gezwungen, während dieser Zeit Sonderschichten zu fahren. Bisher war dieser Zeitraum auf sechs Wochen begrenzt, jetzt wurde er auf vier Monate ausgedehnt.

Auch in vielen anderen Punkten mußten die Arbeiter Rückschläge hinnehmen: der Inflationsausgleich, der ihnen in allen bisherigen Tarifverträgen zugekommen war, wurde stark beschnitten und speist jetzt stattdessen den Rentnerfonds; die Lohnerhöhung ist niedriger als Abschlüsse, die dieses Jahr in anderen Betrieben erreicht wurden u. a. m.

Außer dem national ratifizierten Vertrag, der 170.000 Fordarbeiter betrifft und für 530.000 Arbeiter bei GM, Chrysler und AMC die Grundlagen ihres Vertrages setzt, konnte in 27 von 99 Ford-Werken bisher kein Ergebnis in den lokal begrenzten Verträgen erzielt werden (betreffen z. B. innerbetriebliche Sicherheitsvorkehrungen). Hier geht der Streik vorerst weiter.

PROZESS GEGEN INDIANER

VENTURA (ID) 28. Oktober

In Ventura, in der Nähe von Los Angeles, erwarten zwei Indianer einen Prozeß, der für sie die Gaskammer bedeuten kann: Paul Skyhorse Durant (Chippewa aus Minnesota) und Richard Rolling Thunder Mohawk (Tuscarora aus dem Staat New York) sind angeklagt, den Taxifahrer George Aired ermordet zu haben.

Der Mord geschah am 10. Oktober 1974 im Box Canyon, nördlich von Los Angeles; drei mutmaßliche Täter wurden verhaftet. Man hatte Blutspuren des Opfers an ihrer Kleidung gefunden, einige Dinge,die dem Ermordeten gehörten – ein Messer und ein Schlüssel – befanden sich in ihrem Besitz.

Eine Woche später wurden Paul Skyhorse und Richard Mohawk in Phoenix, Arizona, von der Polizei festgenommen und aufgefordert in Los Angeles eine Zeugenaussage zu machen. Sie verzichteten deshalb auf ihr Asylrecht in Arizona. In Los Angeles wurden sie sofort unter Mordanklage gestellt. Die bisherigen Angeklagten wurden entlassen und dienen jetzt als Kronzeugen gegen Paul und Richard.

Paul und Richard sind die einzigen AIM-Mitglieder (sie sind Mitgründer des AIM-Chapters in Chicago 1973), die sich zur fraglichen Zeit im Gebiet des Mordes aufhielten – übrigens nicht ganz freiwillig: Sie wurden am 10.10.74 von Virginia Deluce, die später als FBI-Agentin entlarvt wurde, nach Los Angeles gebracht, angeblich um an einer Demonstration teilzunehmen, die aber nie dort stattfand. Sie wurden jedoch fotografiert, so daß der Beweis ihres Aufenthalts von Seiten der Anklage gesichert ist.

Seit dem 17.10.76 befinden sich Paul und Richard in Isolationshaft. Obwohl sie ihre eigene Verteidigung übernommen haben und damit Zugang zu allen Dokumenten erhalten müssten, werden ihnen wichtige Informationen vorenthalten, Telefongespräche verboten, Brief- und persönlicher Kontakt untersagt. Bei einigen Verhören wurden ihnen starke Drogen verabreicht. FBI-Agent Douglas Durham (Durham ist jener FBI-Agent, der zwei Jahre bei AIM arbeitete, und auf dessen Aussagen hin der US-Senat anfang Oktober AIM als „offen revolutionäre Organisation" bezeichnete) mischt mit.

Er gründete 1973 das sogenannte „AIM Camp 13" und hatte damals noch die Befugnis, als AIM-Sprecher aufzutreten. In dieser Eigenschaft wies er alle angebotene Hilfe von Rechtsanwälten ab, so daß Skyhorse und Mohawk über ein Jahr lang nur von Pflichtverteidigern vertreten wurden, die z.B. ohne Zustimmung der Angeklagten und ohne deren Wissen auf wichtige Rechte der Angeklagten verzichteten. Aufschlußreiche Tonbandaufzeichnungen werden als nie existierend bezeichnet.

Spenden mit Vermerk Skyhorse/Mohawk an: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postscheckamt Hamburg Kto.Nr. 7400. Eine Broschüre „Indianer im Film/Filme von Indianern" ist gegen Briefmarken im Wert von DM 2,– bei der Koordinationsgruppe Indianer c/o Claus Biegert, Blumenstr. 30a, 8000 München 2 erhältlich. Die Indianerfilme laufen vom 29.10. – 11.11. in Berlin, 12.11. – 2.12. in Hamburg, Bremen, Hannover, Köln, ab 3.12. in Köln, danach Wiederholung in München. Das Buch „Seit 200 Jahren ohne Verfassung – 1976: Indianer im Widerstand" bringt viele wichtige Hintergrundinformationen (rororo aktuell, Nr. 4056, DM 5,80).